

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

## Die Agrarier und die Fleischnot.

Wenigstens nimmt das werktätige Volk Stellung zu der Fleischteuerung. Es ist nur eine Meinung darüber, daß nur die agrarische Politik die Schuld an dieser Verteuerung des Fleisches wie an der Lebensmittelverteuerung überhaupt trägt, und demgemäß wird einhellig die Beseitigung der Grenzsperrung und der Lebensmittelzölle gefordert. Das stört aber die Agrarier in keiner Weise. Sie denken gar nicht an eine Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Ausland zwecks Verbilligung des Fleisches, ihre ganze zweifelhafte Existenz beruht ja nur auf der Schröpfung und Ausbeutung der besten Volksträfte, und deshalb ist „höher, immer höher hinauf mit den Fleischpreisen“ auch jetzt ihre einzige Parole.

Natürlich geben sich die Agrarier den Anschein, als trügen sie an der gegenwärtigen Teuerung gar keine Schuld. Sie können nichts dafür, wenn die deutschen Arbeiter den Schmachtriemen immer enger schnallen müssen. An den hohen Fleischpreisen sind nur die Metzger schuld, wie die Bäcker an den hohen Brotpreisen.

Nun ist ja richtig, daß sich Bäcker- und Metzgermeister auch ganz gut auf ihren Vorteil verstehen und daß sie im Profitmachen auf Kosten der Konsumenten es den Agrariern nahezu gleichgültig. Wir kennen ja zur Genüge das Bestreben namentlich der Metzger, auch aus Fleischteuerungen noch ihr Extraprofitchen herauszuschlagen, indem sie bei Erhöhungen der Viehpreise wohl sofort eine entsprechende Erhöhung der Fleischpreise eintreten lassen, mit diesen Preisen aber viel langsamer zurückgehen als mit den Viehpreisen. Für die gegenwärtige Fleischteuerung werden die Metzger aber zu Unrecht verantwortlich gemacht. Allein die Tatsache, daß die amtlichen Notierungen der Schlachtviehhöfe eine den Detailpreisen entsprechende Steigerung der Großhandelspreise aufweisen, zeigt, daß die gegenwärtige Teuerungsspreize nicht etwa den Fleischern zur Last zu setzen sind. Das wissen die Agrarier natürlich auch gut genug, aber über unangenehme Tatsachen haben sich die Herrschaften immer noch mit Leichtigkeit hinweggesetzt, und um künftige Notlügen waren sie nie verlegen. Und so muß allen Tatsachen zum Trost die Profitgier der Metzger für die Profitgier der Agrarier herhalten.

Nun erklärt die agrarische Presse weiter, daß es sich bei der Fleischteuerung gar nicht um eine spezifisch deutsche Erscheinung handle, da die Preissteigerung im Ausland zum mindesten ebenso groß sei als im Inland. Wir haben auf diesen Umstand schon in letzter Nummer unserer Zeitung hingewiesen, dabei aber betont, daß trotz der Preissteigerung die Schlachtviehpreise im Ausland noch um ein Bedeutendes hinter den im Inland üblichen Preisen zurückbleiben. Deutschland hat nun einmal infolge der Erschwerung der Vieh- und Fleischzufuhr die höchsten Fleischpreise. Das wird so lange nicht anders werden, bis die Grenzsperrung und die Fleischzölle nicht aufgehoben sind. Eine durch keinerlei Zoll oder Grenzsperrmaßregel gehinderte Einfuhr beliebiger Mengen von Schlachtvieh oder Fleisch würde die deutschen Fleischpreise sofort auf die gegenwärtig im Ausland gezahlten herabdrücken. Und damit könnten wir wohl zufrieden sein, denn das läme einer Verminderung um mindestens den vierten Teil des gegenwärtigen Preises gleich. Was ist also der Hinweis auf die hohen Fleischpreise im Ausland mehr als eine faule agrarische Ausrede?

Doch die Agrarier wissen sich zu helfen, für sie liegt der Fall klar: der Arbeiter selbst ist Schuld an der Teuerung. Schreibt doch die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die unmittelbare Veranlassung zu dem ungewöhnlich starken Fleisch-, namentlich Schweinefleischverbrauch ist sodann folgende: In erster Reihe ist die Arbeiterfrau keine Hausfrau und hat keine Ahnung vom Kochen. Ja, es gibt Mädchen, die, in die Ehe tretend, kaum einen Topf Kaffee, welches Genussmittel leider eine große Rolle spielt, oder einen Topf Kartoffeln kochen können. . . Wurst und immer wieder Wurst: das ist das Geheimnis und zugleich die Erklärung des starken Schweinefleischkonsums. Hammelfleisch gibt es fast gar nicht mehr, die Nachfrage ist hierfür nur gering. Kalb- und Rindfleisch kommen auch nicht sehr in Betracht, weil eben die des Kochens völlig unkundigen Frauen damit nichts anzufangen wissen. Es bleibt eben nur das Schwein, und dieses eben auch nur oberflächlich in der teuersten Form, der Wurst. Ist es doch so bequem, ein Stück . . . Rohwurst, auch Knoblauchwurst, in einen Topf mit Sauertraut und Kartoffeln

zu tun, und das Mittagmahl ist fertig. Das sind aber auch noch Ausnahmen, das üblichste ist Wurst und — nicht etwa Brot. J wo! Das ist nicht fein. Mein — Semmel muß es sein! Das schmeckt ja so gut und macht so gar keine Arbeit. Die Wurst macht der Fleischer, die Semmel bäckt der Bäcker und die Suppe, nun, die macht der Brauer. Wer wird sich denn mit dem Kochen einer Suppe plagen, ist doch das Bier . . . ein herrlicher Ersatz dafür und erspart doch das Kochen.

Neuerdings hat sich eine kleine Abwechslung bemerkbar gemacht: das gehackte Fleisch als Sonntagsbraten. Auch das erfordert wenig Arbeit und Kunstfertigkeit, schmeckt mit Kraut und Rüben ganz gut, und vor allem macht das Gericht keine Arbeit. Daß das gehackte Fleisch ebenso wie die Wurst bedeutend mehr kostet, kommt dabei nicht in Betracht: der Mann verdient ja genug! Erbsen, Bohnen, Linsen, Hirse, alle Arten von Getreide stehen auf dem Küchenzettel unserer armen Arbeiterbevölkerung nicht, vom Gemüse ganz zu schweigen; diese Nahrungsmittel werden verächtlich behandelt und bilden wirklich nur eine Ausnahme in den Haushaltungen vernünftigerer, die Ausnahme bildender Elemente.

Das leidige, tatsächlich völlig ungerechtfertigte Geschrei um die Fleischnot würde aufhören oder vielmehr gar nicht aufkommen, wenn unsere Arbeiterfrauen zugleich Hausfrauen wären.“

Das die agrarische Erklärung der Fleischteuerung. Die Arbeiterklasse ist kaum noch in gemeinerer Weise verhöhnt worden.

Wer ist denn schuld daran, daß unsere Arbeiterfrauen nicht zugleich Hausfrauen sind, wenn nicht die Agrarier, denen jede Volksbildung verhaßt ist, und die den Arbeiter womöglich zum Arbeitstier herabdrücken möchten. Zum Tier, das jedes Denken verlernt und das sich widerstandslos ausbeuten läßt. Wer trägt denn die Schuld daran, daß die Arbeiterfrauen es ganz verlernt haben, uns eine behagliche Häuslichkeit zu schaffen, als die Land- und Schlotjunker, die mit ihren elenden Löhnen nicht nur den Mann bei einer langen, aufreibenden täglichen Arbeitszeit an die Arbeit fesseln, sondern auch die Frauen und Kinder ins Arbeitsjoch zwingen und sie so der Hauswirtschaft und der Familie ganz entfremden und entwöhnen. Zahlt doch den Arbeitern nicht solche Hungerlöhne, auf daß sie ihre Familien anständig und menschenwürdig ernähren können, und zur Fristung einer kümmerlichen Existenz nicht der Mitarbeit der Frauen und Kinder bedürfen, und unsere Frauen werden recht tüchtige Hausfrauen werden! Solange unsere Frauen in die Fabriken und aus Joll, ja selbst in die Bergwerke und auf Wänten arbeiten gehen müssen, werden sie allerdings schlechte Hausfrauen sein. Unverschämte und gemein ist es aber von den Agrariern, die mangelhafte Häuslichkeit des Arbeiters diesem noch zum Vorwurf zu machen, und sie gar noch schuldig zu machen für die Fleischteuerung.

Alle Sozialpolitiker, die sich eingehender mit der Arbeiterfrage beschäftigt haben, sind sich einig darüber, daß die deutsche Arbeitererschaft im allgemeinen infolge der niedrigen Löhne und der hohen Lebensmittelpreise unterernährt ist, und alle ihre Bestrebungen zielen im Grunde genommen in dem einen: die Lebenshaltung des Arbeiters zu heben. Nicht zuletzt ist deshalb die agrarische Raubpolitik von ihnen entschieden bekämpft worden. Nur für die Agrarier liegt klar auf der Hand, daß der Arbeiter viel zu üppig lebt, und nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Fleischpreise so rapid in die Höhe schnellen, und ginge es nach ihnen, so dürften wir nur noch gut ostelbische Kartoffeln, Hülsenfrüchte und andere von ihnen im Überschuß produzierten landwirtschaftlichen Produkte genießen.

Bei Beratung des Sozialtarifs hieß es allerdings anders. Da wurde von den Vorteilen gesprochen, die diese Schutzpolitik für die Arbeitererschaft im Gefolge haben werde. Da wurde eine Hochkonjunktur mit guten Verdiensten für den Arbeiter prophezeit. Wir wissen jetzt, was die Agrarier meinten, als sie von dem goldenen Zeitalter der Arbeitererschaft sprachen, sie meinten jene Zeit, wo Fleisch für uns unerschwinglich wird, und der Wahrspruch der schlesischen Weber für alle Arbeiter allgemein gültig wird: „Kartoffeln in der Früh, des Mittags in der Brüh, des Abends mit samt dem Kleid, Kartoffeln in alle Ewigkeit.“

Es ist gut, das zu wissen, so werden doch auch dem dümmsten Arbeiter bald die Augen aufgehen, und die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo sie dem ganzen Junkerpack mit seinem Anhang den Laufpaß geben.

## Arbeiterfreundliche Wahlpolitik — arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik.

-. In dem Meisenwahlkreise Essen, der bisher durch den Menomnierarbeiter des Zentrums, den früheren Metalldreher Gerhard Stöbel, im Reichstag vertreten war, spielen sich zurzeit ganz eigenartige Vorgänge ab. Da die Arbeiter naturgemäß bei der Wahl den Ausschlag geben, hüllen sich rote auf Kommando alle bürgerlichen Parteien in den neuerdings modern gewordenen Mantel der Arbeiterfreundlichkeit. Diese Arbeiterfreundlichkeit, man könnte sagen, diese Umschmeichelung des „Bruders Arbeiter“ findet ihren deutlichen Ausdruck in der Aufstellung der Kandidaten, die ausgesprochenenmaßen mit Rücksicht auf die Arbeiterstimmen ausgewählt worden sind.

Da ist zunächst die Zentrumspartei, die bisherige Inhaberin des Mandats, die von Arbeiterfreundlichkeit überfließt; sie hat „selbstverständlich“ auch diesmal wieder einen Arbeiter auf den Schild gehoben, den Arbeiterssekretär Wiesberts in München-Glabbach, einen Mann, in dessen Brust zwei Seelen wohnen, eine Arbeiterseele und eine reaktionäre, zollwucherische Zentrumseele. Es wird den ultramontanen Mittelstandsleuten und Unternehmern nicht wenig Überwindung gekostet haben, in den sauren Apfel zu beißen und einen „gewöhnlichen“ Arbeiter mit der Vertretung ihrer Interessen zu betrauen, aber es ging nun einmal nicht anders. Wir entfliehen uns noch ganz gut, mit welcher zäher Erbitterung diese Leute einstmals die Kandidatur Stöbels bekämpft haben, dem sie einen „würdigeren“ Kandidaten, den Gerichtsrat Forgabe de Blatz, entgegenstellten. Als aber der Arbeiterkandidat Stöbel gewählt wurde und der offizielle Zentrumskandidat in der Versenkung verschwand, machte man gute Miene zum bösen Spiele, und seitdem wurde Essen durch einen Zentrumsarbeiter vertreten. Es ist sehr lehrreich, an solche Vorgänge zu erinnern; sie beweisen, daß der Einfluß der Arbeiter seit 30 Jahren bedeutend gestiegen ist, sie beweisen aber auch, daß die Ultramontanen nur dann auf die Arbeiter Rücksicht nehmen, wenn sie nicht anders können.

Auch die Christlich-Sozialen, die reaktionären Mucker, sind mit einem Arbeiterkandidaten auf dem Plane erschienen, dem Sekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes Behrens, der in seiner früheren, der Gärtnerorganisation, eine mehr als zweideutige Rolle gespielt hat, und selbst die Nationalliberalen des Wahlkreises, die Scharfmacher und Kapitalprozen vom reinsten Wasser, haben die Bärenhaut der Arbeiterfreundlichkeit um die Schultern gehängt. Sie haben nämlich den bekannten Essener Rechtsanwalt Dr. Niemeyer zu ihrem Kandidaten ausersehen, einen Mann, der als Nationalsozialer Naumannscher Richtung gilt und sich durch seine Tätigkeit als Verteidiger die Sympathien vieler Arbeiter erworben hat. Die wirkliche oder vermeintliche Arbeiterfreundlichkeit dieses Kandidaten hat die Nationalliberalen bewogen, ihn als Lockvogel hinzustellen, um dadurch Arbeiterstimmen zu fangen.

Dies Vorgehen erregt natürlich die helle Entrüstung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“. Das Scharfmacherorgan äußert seinen Unwillen über die Kandidatur Niemeyer in folgenden Sätzen: „Ob das Essener Unternehmertum wirklich der Überzeugung ist, daß ein solcher Politiker seinen Interessen wesentlich zu nützen vermag? Oder ob ein Nationalsozialer von den Beteiligten einem Zentrumsmann oder einem Sozialdemokraten gegenüber als das kleinere Übel angesehen wird, nachdem man auf die Hoffnung, einen wasschechten Nationalliberalen durchzubringen, endgültig verzichtet hat? Das wäre unseres Erachtens eine gänzlich fehlte Taktik, die einerseits einen bedauerlichen Mangel an Selbstvertrauen und Vertrauen zur Gerechtigkeit der eigenen Sache und andererseits ein ebenso bedauerliches Verkennen der parteipolitischen Lage vor allem seitens der nationalliberalen Großindustriellen des dortigen Bezirks nachweisen würde.“ Und die Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des früheren Sozialdemokraten Mag Lorenz macht ihrem bedrückten Herzen noch schärfer Lust: „Solange man annehmen durfte, daß Herr Dr. Niemeyer auf dem Wassermannschen Standpunkte stände, glaubten wir von einer rühmenswerten, vom nationalen Interesse diktierten Selbstverleugnung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen sprechen zu dürfen, die diese Kandidatur protegierten. Wir stehen nicht an, jetzt gegenüber dieser extrem nationalsozialen Kandidatur von einem Akt politischer Selbstverleugnung zu reden. Es ist doch wirklich ein starkes Stück, daß die Essener Großindustriellen ihren Einfluß und ihre Mittel dazu hergeben wollen, den ersten nationalsozialen Abgeordneten auf regulärem Wege — denn Herr v. Gerlach



Erfolg in Marburg war ein Zufallssieg — in den Reichstag zu senden. Wir haben schon wiederholt den Eindruck gehabt, daß in unserem Industrieleben eine große Fülle persönlicher Genialität von den rein gewerblichen und kaufmännischen Aufgaben dermaßen absorbiert wird, daß für die Politik nur noch ein Superlativ des Unverständnisses übrig bleibt. Der Fall der Kandidatur Niemeyer bestätigt und verstärkt diesen Eindruck."

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ ist allerdings durch den Vorwurf, daß die Essener Unternehmer einen Gipfelpunkt des Unverständnisses bewiesen, etwas verschuppt, meint im übrigen aber, daß die Korrespondenz vollständig recht habe. Sie schreibt nämlich: „In der Tat wird man angesichts der Unterstützung der Niemeyerschen Kandidatur durch die Essener Großindustriellen stark an die sogenannte „Verlobung aus Arger“ gemahnt. Daß vor allem die rheinisch-westfälische Bergwerksindustrie sehr verärgert ist, darf weiter nicht wundernehmen. Die Regierung hat seit Jahren aus innerpolitischen Rücksichten den weiteren Aufbau der staatlichen Sozialreform durch die freiwillige Mitarbeit der Unternehmer insofern zu ergänzen gesucht, als sie diese zu unablässiger privater Fürsorge für die Arbeiterwohlthat verpflichtet. Gerade die rheinisch-westfälische Bergwerksindustrie hat dieser Aufforderung in weitestgehendem Maße Folge geleistet. Gerade sie ist es wiederum, die man in einem kritischen Augenblick sozusagen im Stiche läßt, indem man ihr durch den Mund des Handelsministers erklärt, daß das patriarchalische System, das heißt also ein System, welches dem Arbeitsverhältnis noch eine andere als die rein geschäftliche Seite abgewinnt und dessen Fundament die freiwillige Leistung zugunsten der Arbeiterwohlthat bildet, als veraltet anzusehen ist. Nun ist es zwar in der Tat nicht zu bezweifeln, daß diese Auffassung eine völlig berechtigte ist. Aber es bedeutet einen unlöslichen Widerspruch, wenn die Regierung auf der einen Seite die Industrie zu veranlassen sucht, der Annahme von der unveränderten Geltung des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses nachzuleben, und auf der anderen Seite die Bergindustrie strafe, weil diese aus der gebachten Empfehlung einer rein patriarchalischen Auffassung des Arbeitsverhältnisses die sich von selbst in Bezug auf die Handhabung der Disziplin und ergebenden logischen Forderungen gezogen und damit den Groll der Arbeiter auf sich geladen hat. Ein solches Verfahren ist durchaus dazu geeignet, Unsicherheit und Bestimmungen zu erzeugen.“

Ganz konsequent verlangt das Scharfmacherorgan denn auch, daß die Unternehmer selbst „die Last der Parlamentsmandate“ auf sich nehmen, das heißt also, daß sie selbst Reichstagsabgeordnete spielen müssen. Heutzutage würden die Interessen des Unternehmertums seitens der Gesetzgebung durchaus ungenügend vertreten, weil der persönliche Einfluß fehle; die juristisch und nationalökonomisch vorgebildeten Vertreter des Unternehmertums seien nicht imstande, ihre Auftraggeber zu ergänzen, und ihr Auftreten habe einen „advokatorischen Beigeschmack“. Auch in den Handelskammern und in den sonstigen wirtschaftlichen Vereinigungen seien überwiegend Arbeitgeberbeamte tätig, wodurch sich die Meinung bilde, daß die Unternehmer es nicht nötig hätten, sich mit öffentlichen Fragen persönlich zu befassen. „Die Unternehmung der politischen Verhältnisse“, so fährt die „Arbeitgeber-Zeitung“ fort, „läßt die Industriellen zudem glauben, daß die Verhandlungen jener wirtschaftlichen Körperschaften einen erheblichen Einfluß auf die Politik ausüben, während tatsächlich all diese von den Sekretären getragenen Verhandlungen auf Regierungen und Parlamente keinen anderen Eindruck hervorbringen, als es die literarischen Arbeiten ernster Schriftsteller ebenfalls tun. Sollen die Interessen der Industrie in den Parlamenten demnach besser als bisher zur Geltung gebracht werden, so müssen sich die Industriellen darüber klar werden, daß es auch im politischen Leben heißt: „Selbst ist der Mann!“, und daß sie deshalb selber die Last der Parlamentsmandate auf sich nehmen müssen. Wo sich der Bürger nicht selber politisch einsetzt, sondern es bequemer findet, fremde Kräfte für sich arbeiten zu lassen, da kann er auf keine Erfolge hoffen. Wir wollen nicht die Tätigkeit der juristisch und nationalökonomisch vorgebildeten Vertreter der Unternehmer heruntersetzen. Sie ist notwendig, aber sie darf nur ergänzend eintreten. In den Vordergrund der politischen Tätigkeit müssen sich die Industriellen selber stellen, wenn sie wünschen, daß die Gesetzgebung auf sie Rücksichten nehmen soll. Ebenso wie wir den Unternehmern immer und immer wieder zurufen, sich als Arbeitgeber zu organisieren, ebenso müssen wir ihnen zurufen, sich persönlich in den politischen Kampf zu stellen, nicht aus Bequemlichkeit und aus Furcht vor den unvermeidlichen Angriffen auf ihre Person sich hinter den Rücken von anderen zu verziehen.“

Der Wunsch des Scharfmacherorgans, daß die Unternehmer persönlich in die Parlamente gehen sollten, ist, was den Reichstag anbetrifft, leichter ausgesprochen als erfüllt, da die große Masse der Wähler immer mehr die Lust verliert, Leute mit ihrer Vertretung zu betrauen, die ihre privaten Geldbeutelinteressen über das Allgemeininteresse stellen. „Nur die allergrößten Räuber wählen ihre Metzger selber“, lautet ein Spruch, und es wäre tatsächlich der Gipfel der Unverständnisses, wenn die deutschen Arbeiter Unternehmer in den Reichstag schicken wollten. So dumm sind die Arbeiter nicht mehr, und das wissen die Unternehmer auch; deswegen schieben sie, wie in Essen, andere Personen in den Vordergrund, bei denen die kapitalistische Interessenvertretung nicht so offenkundig hervortritt, deswegen heucheln sie eine Arbeiterfreundlichkeit, die sie in Wirklichkeit gar nicht besitzen.

Dieser arbeiterfreundlichen Wahlpolitik gegenüber können die Unternehmer aber niemals die arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik verleugnen: unter der Schwärze der Arbeiterfreundlichkeit lugen die Geselzshen der Arbeiterfeindlichkeit gar verräterisch hervor. Dies zeigt sich augenblicklich gerade in Essen ganz deutlich, wo die Unternehmer beschlossen haben, ihre organisierten Arbeiter auszusperrern. „Über die Gründe“, so äußerte sich der Essener Oberbürgermeister Zweigert, „haben sich die Herren vom Arbeitgeberbund nicht ausgesprochen. Allgemeiner Meinung nach gibt es aber nur einen Grund für diese Aussperrung, nämlich die Sprengung der Arbeiterorganisationen.“ Die Unternehmer aller Branchen, die mit den Bauunternehmern sympathisieren, sind über diese Äußerung des Oberbürgermeisters empört und haben bereits gedroht, sie würden den Herrn nach Ablauf seiner Amtsperiode nicht wieder wählen — also nicht nur Terrorismus gegen die Arbeiter selbst, sondern auch gegen jeden, der sich auf den Boden des Rechtes stellt. Man darf nun gespannt sein, wie viel Arbeiter im Essener Wahlkreis auf den unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit betriebenen Wahlschwindeln und Stimmeneinfall und einen Nationalliberalen wählen werden. Nachgerade muß es doch jedem halbwegs denkenden Arbeiter zum Bewußtsein kommen, daß man das Unternehmertum nicht nach den arbeiterfreundlichen Redensarten während eines Wahlkampfes beurteilen darf, sondern daß lediglich das Verhalten in den wirtschaftlichen Kämpfen als Maßstab dienen kann. Auch hier gilt das Bibelwort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Wenn dieses Wort erst allgemein als Richtschnur dient, dann werden die Reichstagswahlen anders ausfallen wie bisher.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1904.

Seit etwa 15 Jahren hat die auf die Errichtung von Gewerkschaftskartellen gerichtete Bewegung einen immer größeren Umfang angenommen. Nach der von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgenommenen und in Nr. 25 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichten Statistik haben im Jahre 1904 mindestens 431 Kartelle bestanden; von einigen Kartellen, die schon seit zwei Jahren nichts mehr von sich hören ließen, darf angenommen werden, daß sie inzwischen eingegangen sind, bedauerlich ist es aber, daß 26 Kartelle, die zum Teil eine beträchtliche Mitgliederzahl umfassen, zum Beispiel Hannover mit 15 088 Mitglieder im Jahre 1903, für das Jahr 1904 keinen Bericht eingesandt haben.

Die Gewerkschaftskartelle haben die Aufgabe, die gemeinsamen örtlichen Interessen der Gewerkschaften wahrzunehmen. Über das Arbeitsgebiet der Kartelle ist es früher öfters zu Meinungsverschiedenheiten mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften gekommen, die hauptsächlich dadurch hervorgerufen wurden, daß die Kartelle einen Einfluß auf die Streiks in Anspruch nahmen, welchen ihnen die Verbandsvorstände nicht einräumen konnten. Wie bei früheren Gelegenheiten, so kam auch auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Köln das Verhältnis zwischen den Kartellen und den Gewerkschaftsorganisationen zur Sprache, wobei Beschlüsse gefaßt wurden, die hoffen lassen, daß Reibungen künftig vermieden werden. Die Hilfeleistung der Kartelle bei Streiks wird nicht völlig unterbunden, sie sollen auch weiterhin berechtigt sein, Sammlungen zur Streikunterstützung zu veranstalten, wenn ein Aufruf hierzu von der Generalkommission ergeht. Sie sollen jedoch nicht, wie das in früheren Jahren üblich war, nach eigenem Ermessen solche Sammlungen vornehmen, und damit die Mitglieder der Zentralverbände, die zur höheren Beitragstellung während der Dauer größerer Kämpfe in ihrem Verlaufe verpflichtet werden, doppelt belasten.

Die Gewerkschaftskartelle umfassen in der Hauptsache Filialen von Zentralverbänden; die Zahl der ihnen angeschlossenen Lokalvereine und sonstigen Gewerkschaften ist in ständigem Rückgang begriffen und betrug im Jahre 1904 nur noch 44 beziehungsweise 1. Dagegen waren zu gleicher Zeit 5478 Zahlstellen der Verbände den Kartellen angeschlossen, doch wurden immer noch 346 Verbandszahlstellen gezählt, welche den an ihrem Orte existierenden Gewerkschaftskartellen fern standen. Unter den nicht dem zuständigen Kartell angeschlossenen Verbandszahlstellen stellen das größte Kontingent die Buchdrucker mit 56 Zahlstellen, ihnen folgen die Maurer und Zimmerer mit 35 beziehungsweise 18. Die Solgarbeiter sind in dieser Liste nur mit zwei Zahlstellen verzeichnet, die dem Kartell nicht angehören. Der letzte Gewerkschaftskongress hat einen Antrag angenommen, nach dem die Vorstände der Zentralverbände ersucht werden, dahin zu wirken, daß die Zweigvereine sich den Kartellen anschließen. Wird diesem Antrag Folge gegeben, so dürfte im nächsten Jahre ein noch weit besseres Bild von dem einmütigen Zusammenwirken der Mitglieder aller Zentralverbände gegeben werden können, als es sich heute schon in Gewerkschaftskartellen bietet.

Über die Einrichtungen und Leistungen der Gewerkschaftskartelle gibt folgende Zusammenstellung Auskunft: Von den Kartellen werden 98 Auskunftsstellen unterhalten. In 43 Kartellen sind Arbeitersekretariate vorhanden, von denen 35 durch die Kartelle erhalten werden. Ein Gewerkschaftshaus besitzen die Kartelle in 22 Orten. 86 Kartelle haben einen Versammlungssaal gemietet, 20 haben eine Zentralherberge und 181 Kartelle haben eine unter Kontrolle der Gewerkschaften stehende Herberge beim Gastwirt. Beschwerbekommissionen bestanden bei 134 Kartellen, 151 Kartelle hatten eine Bauarbeiterhülfskommission eingesezt. Eine gemeinsame Bibliothek besitzen 205 Kartelle. An Vortragskurien beteiligten sich im letzten Jahre 48 Kartelle, an Volksvorstellungen 94 und 80 Kartelle nahmen an sonstigen Wohltätigkeitsveranstaltungen teil. Arbeitslosenzählungen wurden von 40 Kartellen und sonstige Erhebungen von 45 unternommen.

Die agitatorische Tätigkeit der Kartelle, soweit sie in der Veranstaltung von Versammlungen liegt, war nicht sehr bedeutend. Es wurden nur 1521 berufliche und 819 allgemeine Versammlungen von den Kartellen veranstaltet. Von der Generalkommission ist schon des öfteren auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Arbeiterinnen hingewiesen worden, ohne daß dieser Hinweis die erwartete Wirkung gehabt hätte. Besondere Nachdruck wird auf die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen gelegt, welche die Beschwerden der Arbeiterinnen zur Übermittlung an die Gewerbeinspektion entgegennehmen können. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Gewerkschaftskartelle diese wiederholt gegebenen Anregungen beachteten und damit den Beweis liefern wollten, daß sie gewillt sind, auf dem Tätigkeitsgebiet zu wirken, das ihnen vor allen anderen zur Verarbeitung zugewiesen ist.

Die Gesamteinnahme der Kartelle betrug 395 712 Mk. Davon kamen aus Jahresbeiträgen 220 718 Mk. und aus sonstigen Quellen 168 808 Mk. Ausgegeben wurden insgesamt 398 601 Mk. Unter den Ausgabeposten sind hervorzuheben: Für Agitation 40 222 Mk., Vertreterwahlen 24 560 Mk., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 58 871 Mk., Auskunftsverteilung, Bibliotheken und Lesekassen 62 008 Mk., Gehälter und Entschädigungen 47 792 Mk., Miete und sachliche Verwaltungskosten 41 454 Mk. und Streiks (aus der Kartellkasse) 48 976 Mk. Die von den Kartellen arrangierten Sammlungen für Streiks ergaben 282 678 Mk., wovon 263 822 Mk. ausgegeben wurden.

Die Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ schließt mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit der Vertreterwahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden in der Arbeiterversicherung. Der Ausgang der letzten Wahlen hat gezeigt, daß die Kartelle in dieser Beziehung noch nicht genügend Einwirkung ausgeübt haben. Hier ist aber den Kartellen ein Feld der Tätigkeit gegeben, auf welchem sie arbeiten können und arbeiten müssen. Es muß darauf hingewirkt werden, auf die Vorstände der Krankenkassen, welche den Wahlkörper bilden, Einfluß zu gewinnen. Hier finden die Kartelle Gelegenheit zu dankenswerter Betätigung. Benutzen sie diese und bestreben sie sich ferner, in Bezug auf Agitation Größeres zu leisten, so wird bald auch die letzte Beschwerde gegen die Kartelle und ihre Tätigkeit verschwinden.

### Der Lohnkampf der Tischler Riels im Jahre 1905.

Seit dem Jahre 1897, in dem wir unseren letzten Streik führten, waren es unsere Arbeitgeber gewohnt, daß sie schon im Januar mußten, unter welchen Bedingungen sie in Frieden mit ihren Arbeitern leben konnten. In jedem Jahre wurden aber auch unsere gestellten Forderungen von denselben abschlägig beschieden. Durch intensive Kleinarbeit und dadurch, daß die Kollegen dazu erzogen wurden, persönlich die Arbeitgeber so lange zu drangsaliieren (eigener Ausdruck der Meister), bis die Forderungen doch durchgedrückt waren, ist es uns gelungen, unseren Durchschnittslohn von 40 Pf. (1898) auf 49 Pf. im Jahre 1904/05 zu erhöhen. Im Jahre 1904 wurden die Meister durch Beschluß des Arbeitgeber-Schutzverbandes und der Tischlerzwangsunion gezwungen, sämtliche Gesellen mit 47 Pf. einzustellen und nicht über 50 Pf. zu bezahlen. Wenn es auch einer großen Anzahl Kollegen gelang, doch mehr zu bekommen, so mußten wir im ersten Quartal dieses Jahres doch konstatieren, daß unser Durchschnittslohn gegenüber dem des ersten Quartals 1904 nur um 1/4 Pf. gestiegen war. Das waren wir in Riels nicht gewohnt, unser Lohn war in den letzten Jahren regelmäßig um 1/2 Pf. gestiegen. Da auch keine Aussicht vorhanden war, in diesem Jahre Verbesserungen im guten zu erreichen, weil die Meister sich an ihren Beschluß klammerten, gingen die Kollegen in einzelnen Werkstätten ihren Arbeitgebern energisch zu Leibe. Dieselben bekamen jedoch zur Antwort: „Wir dürfen nicht höher geben als 50 Pf., wenn Sie mehr haben wollen, dann gehen Sie doch gemeinschaftlich vor.“ Die Dantonianer war gut, und wir mußten geschlafen haben, wenn wir den richtigen Zeitpunkt nicht abgepaßt hätten. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf deshalb unsere Meister die Nachricht, daß die Tischler eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden bei 53 Pf. Stundenlohn für Banktischler und 56 Pf. für Maschinentischler eingereicht hätten, welche innerhalb fünf Tagen beantwortet werden mußte. Die Forderung war eingereicht an den Arbeiterschutzbund, an die Tischlerzwangsunion und an die Innung Bauhütte. Letztere hielt es in ihrem Größendünkel nicht der Mühe wert zu antworten, trotzdem sie sich anmaßt, überall als der ausschlaggebende Faktor zu gelten. Die Tischlerzwangsunion benachrichtigte ihren Gesellenausschuß, daß sie zu Verhandlungen mit demselben bereit sei, mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß Vertreter des Verbandes nicht zugelassen würden. Das Resultat der Verhandlungen war, daß von beiden Seiten eine Streikerkommission gewählt werden sollte, welche die Forderung beraten sollte. Der Schutzbund machte diesen Beschluß zu dem seinen, und er war der einzige, welcher den Verband benachrichtigte. Als den Arbeitgebern die Mitglieder der Kommission von unserer Seite bekanntgegeben wurden, legten sie mündlich und schriftlich Protest dagegen ein, daß unser Bauvorsteher, unser Vorsitzender und unser Sozialbeamter derselben angehörten. Die Herren wollten nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln, sie hatten jedoch nicht daran gedacht, daß zum Unterhandeln immer zwei gehören, und daß man, wenn man eine so alte und selbigeigete Organisation wie die Rieler Zahlstelle vor sich habe, nicht diktieren kann: „So will ich's, so befehle ich's.“ Wir ignorierten denn auch den Protest und erschienen vollzählig, wie wir gewählt waren, voran die Kollegen, welche nicht anerkannt waren, zu den Verhandlungen. Nach zehn Minuten langer Debatte hatten unsere Arbeitgeber denn auch ihren Standpunkt geändert, und das Handeln und Feilschen konnte losgehen. Wir wollen aus den Verhandlungen nur einiges zum besten geben. Bei der Hauptforderung, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, behaupteten die Arbeitgeber, daß die Einführung derselben vor dem 1. Januar 1907 unmöglich sei aus dem Grunde, weil zirka 120 Tischler bei Maurer- und Zimmermeistern arbeiten, und es wäre nicht angängig, daß in einem Betrieb verschiedene Arbeitszeiten herrsche; nun



hatten die Herren vergessen, daß in den Wintermonaten die Maurer und Zimmerer eine kürzere Arbeitszeit haben als die Tischler, also von einer einheitlichen Arbeitszeit gar keine Rede sein kann. Ein weiterer Grund war der, daß die Meister schon Lieferungsverträge bis 1907 abgeschlossen hätten, welche nach den alten Lohnsätzen kalkuliert seien, die Meister würden, wenn sie plötzlich drei Stunden pro Woche weniger arbeiten lassen wollten, zum Bettelstab greifen müssen, da es unmöglich sei, daß das Tischlerhandwerk eine derartige Belastung tragen könne. Derartige Argumente konnten uns nicht belehren, da uns der wahre Grund bekannt war; die Forderung der Bauhütte hatte nicht gesagt, und die Tischlermeister mußten parieren. Seit dem Jahre 1902, in dem die Maurer- und Zimmererzusammenschluss hier 17 Wochen währte, ist den Bauhüttenmeistern und den großen Bauämtern der Ramm mächtig geschwollen, und sie fühlen sich nicht nur als die Herren ihrer Berufe, sondern verlangen, daß die Meister sämtlicher Gewerbe nach ihrer Pfeife tanzen, und daß mit diesen auch die Arbeiter derselben ihren Befehlen gehorchen. Nun hatten die Herren ganz schlaue Kalkulationen: „Am 1. Januar 1907 endigt der Vertrag mit den Maurern und Zimmerern; wenn dieselben dann mit Forderungen kommen, schmeißen wir sie wieder auf die Straße, die Arbeit wird hintangehalten, und wir sind die Herren der Situation.“ Die Worte des Obermeisters der „Bauhütte“ im Jahre 1902: „Wir können die neunstündige Arbeitszeit wohl bewilligen, aber wir wollen es prinzipiell nicht,“ sind noch unvergessen.

Es handelte sich für die Herren nun darum, nicht nur die Maurer und Zimmerer, sondern sämtliche Arbeiter, welche für die Baubranche in Betracht kommen, zum genannten Termin vors Brett zu bekommen, denn es ist doch nicht bloßer Zufall, daß das Bestreben sämtlicher Baugewerbesten dahin geht, mit ihren Arbeitern bis zum Jahre 1907 Verträge abzuschließen. Andere Beweise haben wir in den Stützungen bekommen: Einer unserer Meister äußerte sich folgendermaßen: „Die Tischlermeister würden die 9stündige Arbeitszeit wohl bewilligen, aber wir können es nicht, da die Forderung der „Bauhütte“ ihre Zustimmung nicht gibt. Die meisten Tischlermeister sind derartig an die „Bauhütte“ gebunden, daß sie keinen Weg weiß, wie wir ohne Genehmigung der „Bauhütte“ einen derartigen Schritt machen könnten.“ Dieses Eingeständnis ist übrigens ein Beweis dafür, daß es mit dem „Herrn im eigenen Hause“ nicht weit her ist. Wenn es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken, dann dürfen die Meister den Herrn martieren, sollen aber Verbesserungen eingeführt werden, müssen sie erst alleruntertänigst um Erlaubnis fragen.

Als im weiteren Verlauf der Verhandlungen derselbe Meister sich äußerte: „Wir müssen uns sogar mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in den nächsten Jahren vertraut machen, und auch die „Bauhütte“ wird ihren Arbeitern im Jahre 1907 eine kürzere Arbeitszeit zugestehen müssen.“ kamen die Bauhüttenmeister hoch, und ein sehr energisches „Dro, da haben wir auch noch ein Wörtchen mitzuspoken“, schnitt dem Redner das Wort ab. Von uns verlangte man nun, wir sollten all den schönen Worten volles Vertrauen entgegenbringen und unseren Kollegen einen Tarif empfehlen, welcher die neunstündige Arbeitszeit vom 1. Januar 1907 an einführt. Es sollte bei der 9stündigen Arbeitszeit ein Lohn von 52 Pf. gezahlt werden. Bei der 8stündigen Arbeitszeit sollte sich der Stundenlohn um 2 Pf. erhöhen, unsere Kollegen sollten dann also mit 48 Pf. Wochenverdienst weniger nach Hause gehen, und zwar auf einen Zeitraum von drei Jahren.

Die Meister hatten jedoch kein Glück, denn am 4. Juni faßten wir mit 621 gegen 7 Stimmen den Beschluß, in den Streik einzutreten, und am 5. Juni waren die Werkstätten leer. Ruhig und sachlich, wie wir in den Streik eintraten, wurde er geführt und beendet. Abgesehen von einem Fall, wo ein Streikender mit einem Streikbrecher kollidierte, sind Fälle nicht vorgekommen, in denen die Polizei (welche sich ziemlich neutral verhielt) Grund zum Einschreiten hatte. Arbeitswillige von auswärts haben nur zwei angefangen, welche durch Vermittlung von Verwandten hier in Arbeit traten. Diejenigen Kollegen, welche auf Annoncen hin hier Arbeit angenommen hatten, wurden sofort abgefangen und zurücktransportiert. Der Versuch des Vorsitzenden des Gewerbevereins, eine Einigung herbeizuführen, mißlang, da beide Parteien nicht nachgeben wollten. Nach etwa dreiwöchigem Streik erschien Herr Rahard auf dem Plan, und die Verhandlungen wurden unter Hinzuziehung des Kollegen Becker-Stuttgart wieder aufgenommen. Nach recht hartem fünfständigen Redekampf wurde ein Tarifvertrag vereinbart, nach welchem sofort die Arbeitszeit auf 56 Stunden pro Woche und der Stundenlohn für Tischler auf 51 Pf., für Maschinenschler auf 55 Pf. festgesetzt wird; am 1. April 1906 wird in sämtlichen Betrieben die 9stündige Arbeitszeit durchgeführt, der Stundenlohn erhöht sich dann auf 54 Pf. für Tischler und 58 Pf. für Maschinenschler, Maschinenarbeiter und Jungesellen im ersten Gesellenjahr werden nach freier Vereinbarung bezahlt, ebenfalls inaktive Arbeiter; für Überstunden werden 15 Pf. Aufschlag bezahlt usw. Auch wird zur Schlichtung von Streitigkeiten eine Schlichtungskommission eingesetzt. Der Vertrag gilt bis 31. Dezember 1907.

Für die Kosten, welche uns der Kampf gekostet hat, ist dies ein ganz annehmbares Resultat. Hätten wir weiteres erringen wollen, so hätten wir wochenlang weiterstreiken können, und ob nach einem längeren Kampfe mehr herausgekommen wäre, ist zum mindesten sehr unwahrscheinlich, da jetzt sämtliche Maurer und Zimmerer auf der Straße liegen. Nehmen wir alles in allem, so haben wir errungen: 1. die 9stündige Arbeitszeit, welche allerdings erst am 1. April 1906 voll eingeführt wird. 2. Es darf jetzt 51 Pf. und nach dem 1. April 1906 nicht unter 54 Pf. bezahlt werden. 3. Die Akkordpreise für Bauanschlägerarbeiten sind erhöht. 4. Die Arbeitgeber haben den Deutschen Holzarbeiterverband als vollberechtigten Faktor anerkennen müssen.

Es wird nun unsere Aufgabe sein, bis zum Jahre 1908 tüchtig weiterzuarbeiten, damit wir, wenn es wieder zum Kampfe kommen sollte, den Unternehmern noch besser die Zähne zeigen können. Darum auf, ihr Krieger Kollegen, alle Mann auf dem Posten. Sorgt dafür, daß der Tarif nicht durchbrochen wird, wehrt euch mit Händen und Füßen gegen jede Verletzung desselben.

### Streik und Differenzen in Berlin im Mai und Juni 1905.

r. L. Wie in den vorhergehenden Monaten, so herrschte auch im Mai und Juni eine lebhaftere Streikbewegung. Der Geschäftsgang ist in dieser Zeit in Berlin ein ungünstiger gewesen. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß verhältnismäßig viel Abwehrstreiks zu verzeichnen waren. Die Mehrzahl der Streiks verlief erfolgreich. Da aber in der Berichtszeit der Modellischlerstreik verloren ging, so wird dadurch das Gesamtbild der Lohnbewegungen recht ungünstig beeinflusst.

Seit den vorhergehenden Monaten, für welche über die beendeten Streiks in der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet worden ist, schwebten noch die Streiks in der Stockfabrik Gembick, Jalouiefabrik Beckhaller, Korbmacherei Holze, Möbelschleiererei Beyer, Bautischlerei Wendig, ferner der Modellischlerstreik und die Lohnbewegung der Stellmacher in der Luxuswagenbranche.

Der Modellischlerstreik begann am 3. April und wurde am 22. Juni bedingungslos aufgehoben. Die Arbeit niedergelegt haben in der ersten Woche 660 Kollegen in 34 Werkstätten. Von den 660 Streikenden gehörten 488 dem Holzarbeiterverband, 171 anderen und 51 keiner Organisation an. Ohne Streik hatten 11 Betriebe, fast alles kleine Modellischlermeister, mit 59 Kollegen bewilligt. In den ersten Streikwochen erhielten noch 44 Kollegen in 8 Werkstätten die Forderungen bewilligt, so daß also in 17 Werkstätten mit 104 Kollegen die Forderungen anerkannt worden sind. Außerdem hatte noch ein Betrieb (Kabelwerk) die Forderungen zugestanden, jedoch nach einigen Tagen die Bewilligung wieder zurückgenommen. Von den anderen bewilligten Betrieben haben nach kurzer Zeit 8 Werkstätten mit 55 Kollegen wegen Streikarbeit die Arbeit wieder niedergelegt, darunter 18 Kollegen, die vorher nicht mitgestreikt haben, in deren Werkstätten also die Forderungen vorher ohne Streik bewilligt worden waren. Somit haben im Modellischlerstreik insgesamt 678 Kollegen gestreikt. Nachdem der Streik zwei Monate dauerte, bewilligten die Fabrikanten Streikler und Freund teilweise. In diesen beiden Werkstätten wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden pro Tag verkürzt und eine Lohnerhöhung von fünf bis zehn Prozent zugestanden. Dort hatten 55 Kollegen die Arbeit niedergelegt, die also einen teilweisen Erfolg erzielten. In 24 Betrieben, in denen 561 Kollegen in den Streik getreten waren, ist nichts erreicht worden. Die Arbeit wurde zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Als der Streik aufgehoben wurde, waren noch 422 Streikende aus 30 Betrieben vorhanden, darunter 6 Betriebe mit 36 Mann, die um die Verweigerung von Streikarbeit streikten. In zwei großen Fabriken der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und bei Siemens & Halske sind nach Beendigung des Streiks nur wenige Streikende wieder eingestellt worden. Diese beiden Firmen haben angeblich ihre Arbeiten anderweitig in Auftrag gegeben und wollen auch in der Zukunft den größten Teil der Tischlerarbeiten bei den Tischlermeistern bestellen.

Die Ursache der Niederlage waren diesmal nicht Arbeitswillige, welche die Betriebe besetzten. Trotz der langen Dauer des Streiks wurden nur circa 120 Streikbrecher gezählt. Die Gegner sind eben so kapitalkräftig, daß sie der Schaden, der ihnen durch den Modellischlerstreik entstanden ist, noch nicht zur Bewilligung der Forderungen zwingt. Teilweise behielten sie sich mit den Streikbrechern, teilweise erhielten sie auch von auswärts Streikarbeit. Es ist zwar immer Modellischlerarbeit nach Berlin geliefert worden, aber während des Streiks mußte das unterbleiben. Die Behinderung von Streikarbeit war deshalb so schwer, weil die Modellischler fast überall sehr schlecht organisiert sind. Die organisierten Modellischler sind meistens nur jüngere Kollegen, die aber, weil sie fast nie an Lohnkämpfen teilgenommen haben, in solchen Dingen eine große Ungeschicklichkeit zeigen. Die Abweisung der Streikarbeit besorgten nur die Vorstände der Gewerkschaften, so glaubten die Modellischler, die Kollegen selbst seien ihnen solchen Vorgang nur von weitem zu. Während in den Betrieben, wo Modellischler arbeiten, ein solcher Geist herrschen wie in den Tischlereien, und würden die Kollegen den Unternehmern mutig gegenüber treten und sagen: „Arbeit, die uns als Streikarbeit bezeichnet wird, machen wir nicht,“ dann wäre es eine Kleinigkeit gewesen, die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern. Wenn aber erst die Leitung der Organisation von außen her auf die Unternehmer einwirken soll und die Kollegen im Betrieb nicht selbst den Mut haben, die Arbeit zurückzuweisen, so wird schwer etwas auszurichten sein. Wird einem Kollegen Streikarbeit vorgegeben, so soll nicht erst der Organisationsvertreter kommen und dem Unternehmer sagen, entziehen sie diesem Manne die Arbeit, sonst lassen wir die anderen 89 Mann streiken. Dies wäre auch nicht möglich gewesen, weil eben in den fraglichen Fällen nur ein Bruchteil der Arbeiter organisiert war. Die Anfertigung von Streikarbeit hat mit dazu beigetragen, daß der Modellischlerstreik verloren ging.

Die Lohnbewegung der Stellmacher in der Luxuswagenbranche hatte einen besseren Erfolg. Die Kollegen erreichten die Einführung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit, eine Erhöhung der Grundpreise des Tarifs und Extrabehaltung der Nebenarbeiten. Die Nebenarbeiten wurden bisher für den Grundpreis mitgemacht. Die Erhöhung der Akkordpreise beträgt 10 bis 30 Prozent. In dieser Lohnbewegung nahmen 118 Kollegen teil, wovon 101 dem Verband angehörten. Nur in einer Werkstatt mit 26 Mann kam es zum Streik, während die übrigen 8 Werkstätten ohne Streik bewilligten. Der am 24. Januar begonnene Abwehrstreik in der Stockfabrik Gembick (28 Kollegen) mußte bedingungslos aufgehoben werden. Der Betrieb war voll mit Streikbrechern besetzt. Von den Streikenden kam keiner wieder in den Betrieb hinein. Die Mehrzahl der Streikenden war noch längere Zeit arbeitslos.

In der Bautischlerei Wendig hatten die Kollegen dieselben Tarifvereinbarungen gefordert, wie sie in den anderen Bautischlereien bestehen. Da die Firma dem Bautischlermeisterverein angehörte, mußte diese Streitigkeit von der Schlichtungskommission entschieden werden. Die Schlichtungskommission verurteilte die Firma zur Bewilligung der Forderungen. Da sich die Firma dieser Entscheidung nicht unterwerfen wollte, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Auch

die Unternehmerorganisation ergriff die nötigen Maßregeln gegen ihr Mitglied. Der Streik dauerte sieben Wochen. Dann übernahmen der bisherige Werksführer und der Bauhüttenmeister von Wendig die Werkstätte. Sie bewilligten die Forderungen und stellten alle Streikenden wieder ein.

Die Kollegen der Möbelschleiererei Beyer erzielten nach siebenwöchigem Streik eine Aufbesserung der Akkordpreise von 6 Prozent. Der Korbmachermeister Holzmann nach vierwöchigem Streik die beabsichtigten Lohnabzüge zurück.

Neue Streiks führten die Bautischler in den Werkstätten Kälchert & Krause, Zwiener, Pohl, Mittag, Grünberg, Schulenburg und Gring & Wolf. — Bei Kälchert & Krause handelte es sich um die Bezahlung mehrerer Arbeiten, die sich nicht nach dem Tarif berechnen ließen. Nach zweitägigem Streik zahlte die Firma die geforderten Preise. Durch diesen Streik sahen sich die Kollegen veranlaßt, den bisherigen Tarif unguaranteed. Einige Wochen später legten sie dem Meister einen verbesserten Tarif vor, der dann ohne Streik anerkannt wurde. Die Kollegen von Zwiener streikten einen halben Tag und erhielten einen erhöhten Tarif bewilligt. Mit dem Tischlermeister Schulenburg ist es außerordentlich schwer, sich über die Akkordpreise zu verständigen. Bei der Aufstellung eines Tarifs für die Werkstätte (eine Erhöhung der Preise wurde nicht gefordert) kam es zweimal zu kurzem Streik. Nach wiederholten Verhandlungen gelang es der Schlichtungskommission, eine Einigung herbeizuführen. Während der Verhandlungen zwecks Einführung eines erhöhten Tarifs streikten die Kollegen von Pohl zwei Tage, weil Herr Pohl bemüht war, die Verhandlungen unnötig lange auszudehnen. Die Differenzen sind dort noch nicht endgültig erledigt. Weil der Tarif nicht mehr bezahlt wurde, streikten 56 Kollegen der Werkstätte Gring & Wolf eine Woche lang. Da es einmal zum Streik gekommen war, stellten auch die Einfacher Forderungen, die ihnen auch bewilligt wurden, ebenso verpflichtete sich die Firma, den bisherigen Tarif für die Tischler weiter zu zahlen. In der Werkstätte Grünberg wurden nach siebenwöchigem Streik die alten Akkordpreise weitergezahlt. Bautischlermeister Mittag in Moabit legte den Gesellen eine neue verschlechterte Fabrikordnung vor. Da sie sich weigerten, dieselbe anzuerkennen, wurden alle 32 Gesellen entlassen. Nach zweitägiger Aussperrung änderte Herr Mittag die Fabrikordnung dem Verlangen der Arbeiter entsprechend ab.

Ohne Arbeitsniederlegung konnten in den Bautischlereien Kälchert & Dittmer Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt werden. Eine Erhöhung des Tarifs ohne Streik erzielten die Kollegen der Werkstätte Sprütke. Die Firma Herzer bewilligte einen Aufschlag auf eine Anzahl Positionen des Tarifs. Minimale Lohnforderungen erhielten auch die Kollegen der Werkstätte Sellmich bewilligt.

Die Möbelschleier streikten bei Weltewitz, Barn und Genossenschaft Viktoria. Die Firma Weltewitz sträubte sich, das nötige Werkzeug und die erforderlichen Einrichtungen anzuschaffen. Das mußte erst durch einen zweiwöchigen Streik durchgesetzt werden. Zugleich forderten die Kollegen eine Erhöhung der Akkordpreise von 5 Prozent, die ihnen auch zum Teil zugestanden wurde. Tischlermeister Barn kürzte das Kostgeld. Er berechnete es auf einmal nach Tagen und zahlte zu den Feiertagen bedeutend weniger wie in den vorhergehenden Wochen, während doch andere Firmen zu solcher Zeit ein höheres Kostgeld gewähren. Nach kurzem Streik verpflichtete er sich, die früheren Bedingungen beizubehalten. In der Genossenschaft Viktoria dauerte der Streik zwei Tage und wurden dadurch eine Anzahl Mißstände, unter denen der Verdienst erheblich gelitten hatte, beseitigt. Anschaffung von Werkzeug und Verbesserung der Einrichtungen forderten auch die Kollegen in den Werkstätten Klauke und Frenzel. Die beiden Meister ließen es jedoch nicht erst zum Streik kommen, sondern kamen dem Verlangen der Arbeiter nach. Verloren ging der Streik in der Kundentischlerei Braun. Dort bestand noch eine 55stündige Arbeitszeit. Herr Braun wollte sie nur auf 53 Stunden herabsetzen. Erreicht wurde nichts. Wegen Maßregelung und Verbot der Organisationszugehörigkeit legten die Kollegen in der Luxusmöbelschleiererei Richter die Arbeit nieder. Als der Streik 17 Tage gedauert hatte, verpflichtete sich Herr Richter schriftlich, Gesellen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation und Agitation für dieselbe nicht mehr zu entlassen und organisierte Gesellen jederzeit einzustellen. Der Streik mußte trotzdem als verloren aufgehoben werden, da die Werkstätte mit Streikbrechern voll besetzt war. Ohne Streik setzten die Kollegen der Sargfabrik Lee eine Aufbesserung des Tarifs um 10 Prozent durch. In der Telephonischlerei Holz & Freitmann wurde eine Lohnerhöhung für die Lohnarbeiter ohne Streik bewilligt. Die Kollegen der Waffenfabrik in Moabit streikten acht Tage, weil ihnen die versprochenen Akkordsätze und die Entschädigung für Warten auf Material und Arbeit nicht gezahlt wurden. Durch das Eingreifen des Metallarbeiterverbandes sah sich die Fabrikleitung veranlaßt, die bisherige Arbeit in Lohn zu zahlen und auf die Akkordpreise einen minimalen Aufschlag zu bewilligen.

Die Stockarbeiter erzielten durch einen Abwehrstreik in der Fabrik von Philipp die Beibehaltung der Lohnarbeit. Der Angriffstreik der Korbmacher in der Werkstätte Franke ging nach achtwöchiger Dauer verloren.

Die Stellmacher verloren einen Angriffstreik in der Werkstätte Grundmann & Ruhn. In den beiden Wagenfabriken Wieneke und Lange & Gutzeit bekamen die Kollegen ohne Arbeitsniederlegung eine Erhöhung des Tarifs um circa 15 Prozent zugebilligt.

In der Klavierbranche gelang es den Kollegen von Jbach, eine Preiserhöhung durchzusetzen. Einige Wochen später versuchte die Firma wieder Abzüge zu machen und entließ den Vertrauensmann, der deswegen unterhandeln sollte. Nach zweitägiger Streikdauer wurde der Vertrauensmann wieder eingestellt und der Abzug zurückgenommen. Der Pianomechanikfabrikant Krüger verlängerte die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag. Es mußte erst eine Woche gestreikt werden, damit wieder die kürzere Arbeitszeit beibehalten wurde. Die Pianofabrik Schiemann & Machen legte den Arbeitern eine verschlechterte Fabrikordnung vor. Sie ließ die Arbeiter einen halben Tag streiken und änderte dann die Fabrikordnung den Wünschen der Kollegen entsprechend um.



Die Parkettbodenleger hatten einen hartnäckigen Kampf gegen die auswärtigen Firmen zu führen, welche Arbeiten in Berlin billig annehmen und dann ihre Bodenleger nach Berlin senden, die dann ihre Bodenleger ganz geringen Preise ausführen sollen. So war es notwendig, die Bauten der Firma Klein & Liebermann aus Breslau zu sperren. Nach einigen Tagen Streik wurde dann der Berliner Tarif unter schriftlich anerkannt. Die Bauten der Hannoverischen Parkettfabrik mußten mehrere Wochen gesperrt werden. Die Fabrik bewilligte zwar, aber sie sandte unorganisierte Bodenleger nach Berlin, die die Arbeit doch billiger ausführen sollten. In solchen Fällen begnügt man sich nicht mit der Sperre, sondern die Organisation verhandelt mit den Bauherren und verlangt, daß der gesperrten Firma die Aufträge entzogen und einer anderen tarifstreuen Firma übertragen werden. Das geschah auch diesmal wieder. Die Arbeiten wurden der Berliner Firma Kampmeier übertragen und zu Berliner Preisen ausgeführt. Der Bodenlegerzweigmittel Mühs aus Hannover hatte auch mehrere Bauten in Berlin übernommen, die ebenfalls gesperrt werden mußten. Auch Herr Mühs mußte sich trotz hartnäckigen Sträubens bereit erklären, den Berliner Tarif anzuerkennen.

Ohne die Bauperrn der Bodenleger und die Branchestreiks wurden 24 Werkstatstreiks geführt. 8 Angriffsstreiks mit 101 Kollegen (81 im Verband) waren erfolgreich, 3 Angriffsstreiks mit 18 Kollegen gingen verloren. Von den Abwehrstreiks gingen 2 mit 34 Kollegen verloren, während 11 Abwehrstreiks mit 209 Kollegen Erfolg hatten. Abwehrstreiks wurden 18, Angriffsstreiks 11 geführt. Werkstatstreiks insgesamt wurden 24 geführt, wovon 19 mit 310 Kollegen Erfolg hatten und 5 mit 52 Kollegen verloren gingen. Werkstattdifferenzen ohne Streik brachen in 14 Werkstätten mit 327 Kollegen aus. Zweimal handelte es sich um Abzüge und zwölfmal um Forderungen. Insgesamt waren 38 Werkstattdifferenzen mit 689 Kollegen zu verzeichnen. Hierbei sind jedoch die zahlreichen Differenzen, die ohne Streik durch die Schlichtungskommission geregelt wurden, nicht mit eingerechnet. An den Branchenlohnbewegungen und Werkstattkämpfen nahmen insgesamt 1472 Kollegen aus 88 Betrieben teil. Für 859 Kollegen in 59 Betrieben waren die Kämpfe erfolgreich, 6 Streiks mit 29 Werkstätten und 613 Kollegen gingen verloren. Die Zahl der an den verlorenen Streiks beteiligten Kollegen ist durch den Modellstichlerstreik eine so große geworden.

### Kampfmethode und Erfolge der Christlichen in Württemberg.

Was ein richtiger Heilskünstler ist, der hält was auf Klammern und die Gimpel auf den Leim locken. Wagt man aber an seiner Methode zu zweifeln, da kann der „Unfehlbare“ sehr grob werden, ungefähr wie ein gewisser Vertreter der christlichen Holzarbeiter in Ulm und um Ulm rum. Denn niemanden als Herrn Röblach kann daran gelegen sein, die in Tuttlingen und Laupheim angeblich eingetragenen Vorbeeren vor unserer profanen Nachprüfung schützen zu wollen. Im christlichen Verbandsorgan werden ganze Spalten verschwendet, um zwei von uns unter Lohnbewegung veröffentlichte Notizen aus T. und L. zu berichtigen. Es mag ja für Herrn Röblach unverständlich sein, warum die „Freien“ (damit sind wir gemeint) es nicht einsehen wollen, was für ein „Erfolg“ der von den Christlichen in Tuttlingen abgeschlossene Tarifvertrag ist. Wenn in Stuttgart unsere Organisation mit den Möbelfabrikanten einen Vertrag abschließt, ohne die mit knapp einem Duzend Mitglieder in Betracht kommenden „Christlichen“ um ihr Gutachten zu befragen, gibt es den Herren Anlaß, sich über unsere Rücksichtslosigkeit zu beschweren. Wir aber sollen es als eine reitende Tat betrachten, wenn diese Herren erst mit uns einmütig Forderungen aufstellen, dann durch ihr zweifelhaftes Verhalten den Kräutern den Saft steifen und zuletzt, statt mit unseren Kollegen in den Zustand zu treten, Sonderabmachungen treffen, 10/11stündige Arbeitszeit vereinbaren, wenn 10stündige gefordert ist und teils schon besteht, sonst alles beim alten lassen, nur um verkündet zu können: Wir, Röblach & Cie., haben einen Tarifvertrag zustande gebracht!

Das Lächerliche springt sofort in die Augen, wenn man bedenkt, daß die christliche Filiale dort ein noch bescheidenes Dasein fristet als unsere Zehntel. Wer soll denn diese „Erzungen“ hochhalten? Etwa diese Mitglieder, die so geschult sind, daß sie ohne Bedenken das Allgemeininteresse und ihre Kollegen geben und wortbrüchig werden? Vier christliche Kollegen hatten soviel Anstandsgefühl, diesen Verrat nicht mitzumachen, sie reisten ab. Herr Röblach aber, getreu dem alten Gaunertum „Halt den Dieb“, faßelt in seinem Selbstblatt von „verräterischem Treiben“ der „Freien“, weil unsererseits der Versuch gemacht wurde, die einzelnen Meister zu Zugeständnissen zu bewegen. Die Forderungen wurden aber hierbei hochgehalten, unsere Kollegen traten in den Ausstand und arbeiten heute, soweit sie noch am Orte sind, in Geschäften, die von dem famosen Tarifvertrag verschont blieben.

Für die Zukunft wird man aber solche Beispiele von Bundesgenossenschaft zur Notiz nehmen und sich ein Zusammengehen mit diesen Mischgewerkschaften wohl überlegen. Die Erfolge, welche der christliche Verband aus eigener Kraft erringt, macht ihm niemand streitig, da hat Herr Röblach unsere Korrespondenz aus Laupheim mißverstanden. Zunächst geben wir ihm recht, dort sind mindestens zwei von den vier „Organisationen“ überflüssig. Möge die gewis gut gemeinte Prophezeiung, daß der Lokalverein, der sich unserer besonderen Schutzes erfreut, weil er tüchtig „links tritt“, bald von unserer dortigen Zahlstelle eingesackt wird, in Erfüllung gehen, bleibt nur noch zu hoffen, daß sich die paar Christlichen auch nach links angliedern, dann könnte es einmal zutreffen, daß „die Organisation anerkannt würde“. Zu dem im christlichen Verbandsorgan gemeldeten Vorgang ist dieser Kühne Satz nur Humerei.

Der soll vielleicht der Erfolg um so größer sein, weil die tapfere Schar schon vor Eintreffen ihres Häuptlings die Waffen streckte, beziehungsweise den Vorschlag des Fabrikanten annahm, sich mit der Lohnherhöhung zu begnügen, die vorigen Winter „durch das entschiedene Vorgehen der Christ-

lichen versprochen“, aber nicht ausbezahlt worden war? Zu einem Tarifvertrag langte es diesmal nicht, aber „die Organisation wurde anerkannt“. Dieser Satz wird wohl auch in der Pflanzschule christlicher Agitatoren in München-Gladbach eingedrillt wie das übliche: „Ich unterschreibe jedes Wort“ und diverse über Neutralität belehrende Phrasen, die in unseren Versammlungen zum Gaudium der Zuhörer vom Stapel gelassen werden? Nun noch zu dem Lichtbildervortrag mit den „schamlosesten Darstellungen über die Abstammung des Menschen vom Affen“. Muß ja schrecklich gewesen sein; daß so etwas in Laupheim geschehen darf! Wo soll solche Aufklärung hin führen. Richtiggestellt muß aber werden, daß nicht wohl die Väter der roten Genossen auf den Bäumen in Afrika herumhüpfen konnten, denn, man gestatte uns die naive Bemerkung, diese dunklen Gefilde sind die Heimat der — Schwarzen!

### Soziales.

#### Schüßler Kontraktbruch.

Als vor kurzem bei dem großen Bergarbeiterstreik die Zeichenbesten nach einem Vorwand suchten, um die Ablehnung der Verhandlungen mit den Arbeitervertretern zu beschönigen, da legten sie besonderen Nachdruck auf den Umstand, daß die Arbeiter angeblich vertragsbrüchig geworden seien. Dieses Gerücht von den vertragsbrüchigen Arbeitern hat in weiteren Kreisen und insbesondere auch in den Parlamenten Widerhall gefunden. Daß in Wirklichkeit die Bergarbeiter den Vertrag gebrochen hatten, indem sie die den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllten, und daß die kündigungslose Arbeitseinstellung nur eine Konsequenz des hartnäckigen Vertragsbruchs der Unternehmer war, wurde sorgfältig verschwiegen. Diefelbe Erscheinung kann man bei einer großen Zahl von Streiks beobachten, und selbst das Statistische Amt stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Bei seinen Erhebungen über die Streiks fragt es, ob die Arbeitseinstellung nicht, unter Vertragsbruch erfolgt ist, und registriert als Vertragsbruch jeden Fall, in welchem die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist eingestellt wurde, ohne übrigens die betreffende Angabe der Unternehmer jedesmal einer objektiven Nachprüfung zu unterziehen. Vertragsbrüchige Unternehmer gibt es nach der offiziellen Auffassung nicht; der Fabrikant darf noch so sehr gegen die vereinbarten Arbeitsbedingungen verstoßen, wenn sich der Arbeiter das nicht ruhig gefallen läßt, dann ist er, aber niemals der Unternehmer vertragsbrüchig.

Diese landläufige Auffassung von Vertragsstreue und Vertragsbruch hat nun vor kurzem einen gewaltigen Stoß erhalten. Ein Beamter, der Oberbürgermeister Zweigert von Essen, hat einer kontraktbrüchigen Unternehmergruppe einen rücksichtslosen Kampf angekündigt. Dieser Vorgang ist neu in Deutschland. Hier war man es bisher gewohnt, daß sich die Behörden und Gerichte im wirtschaftlichen Kampfe der größten Objektivität befleißigten oder wenigstens eine Haltung einnahmen, die von ihnen als objektiv bezeichnet wurde. Unter dem Schutze dieser Objektivität konnten sich die Unternehmer sorglos über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen; der § 153 der Gewerbeordnung, die Strafvorschriften über Abtötung, Erpressung usw. existieren ja für sie nicht, um so schärfer wurden sie gegen die Arbeiter zur Anwendung gebracht. Und nun kommt der höchste Beamte einer großen Stadt, ein Mitglied des preussischen Herrenhauses, und erklärt eine Handlung der Unternehmer, die diese bisher ungenügend ausgeführt haben, als „schändlichen Kontraktbruch“.

Zum Verständnis der Situation muß man sich erinnern, daß infolge der Initiative des Oberbürgermeisters Zweigert, der sich in dieser Angelegenheit sehr viel Mühe gegeben hat, im vorigen Jahre in einer Reihe von Bauwerken in Essen Tarifverträge mit mehrjähriger Gültigkeit abgeschlossen wurden. Nun sind die rheinisch-westfälischen Bauunternehmer von dem in diesem Jahre besonders stark progressiven Auspremmungsstadium befallen worden, und zwar wollen sie mittels der Auspremmung die Organisationen der Arbeiter vernichten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihnen jedes Mittel recht, und so haben die Scharfmacher denn beschloffen, daß sich die Auspremmung auch über die Gebiete zu erstrecken habe, in welchen ein Tarifvertrag gilt. Diesen Beschluß empfand Herr Zweigert als einen Angriff auf seine Ehre, denn er betrachtet die Essener Tarifverträge, nicht mit Unrecht, als sein Werk; hat er sich doch um den Abschluß derselben besonders verdient gemacht und sie auch mitunterzeichnet. Er bezeichnete einem Zeitungsberichterstatter gegenüber den Beschluß der Scharfmacher als „einen unerhörten schändlichen Kontraktbruch der Unternehmer“ und erklärte, er werde dann sämtliche städtische Arbeiter sofort in städtische Regie auf Kosten der Unternehmer fertigstellen lassen und die Mehrkosten einlagern; ferner werde er beim Stadtverordnetenkollegium die Bewilligung von 20000 Mk. zur Unterstützung „der im Kampfe gegen die kontraktbrüchigen Arbeitgeber brotlos gewordenen Arbeiter“ beantragen.

Auf solch eine Behandlung waren die Scharfmacher nicht gefaßt; streikenden Arbeitern muß allerdings mit der äußersten Strenge gegenübertreten werden, aber ihnen, den patentierten Stützen von Thron und Altar gegenüber eine solche Sprache zu führen, das ist einfach unerhörlich; wer so spricht, der ist zum mindesten sozialdemokratischer Neigungen verdächtig. Durch den Wutausbruch des Arbeitgeberverbandes ließ sich aber Herr Zweigert nicht verblüffen. Er brachte seine Anträge in der Stadtverordnetenversammlung ein und erreichte, daß dieselben mit 27 gegen 28 Stimmen an die soziale Kommission verwiesen wurden. Diese hat sich hierauf bemüht, den Frieden zu erhalten, aber erfolglos, denn wie soeben berichtet wird, sperrte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Essen in Verfolg der früheren Stellungsnahme sämtliche Bauhandwerker aus und verpfändete sich, Unternehmer, die in Verlegenheiten und finanziellen Schwierigkeiten kommen sollten, zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob die Essener Stadtverordneten nun weiter im Sinne der oberbürgermeisterlichen Anträge handeln werden.

Wenn in Deutschland die Unternehmer mit dem gleichen Maße gemessen würden wie die Arbeiter, dann müßte auch der Staatsanwalt eingreifen und die Scharfmacher beim

Kragen nehmen. Voraussetzlich wird das aber nicht geschehen, obwohl Anlaß genug vorhanden wäre. Nach den Beschlüssen der rheinisch-westfälischen Scharfmacher müssen die in Betracht kommenden Unternehmer ihre Arbeiter aussperren, wenn sie nicht in Verzug erklärt sein wollen und ihnen die Materiallieferung gesperrt werden soll. Damit ist der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung erfüllt, und die Unternehmer, die den Beschluß gefaßt haben, haben eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten verwirkt. Die Strafe wird aber jedenfalls härter ausfallen, da auch Abtötung und Erpressung vorliegt. Die Herren können sich also auf eine längere „Estrich“ gefaßt machen, wenn — der Staatsanwalt Anklage erhebt. Er wird aber keine Anklage erheben, denn es handelt sich um Unternehmer. Wenn Arbeiter in Betracht kämen, dann wäre die Sache allerdings ganz anders, denn — vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich, so heißt es wenigstens auf dem Blatt Papier, auf welches die preussische Verfassung gedruckt ist.

Abgesehen von diesen Vergleich zwischen der rechtlichen Stellung der Arbeiter und der Unternehmer, zu welchen der Essener Vorgang Anlaß bietet, hat diese Angelegenheit noch eine andere Bedeutung. Wenn sich die Unternehmer so leicht über abgeschlossene Tarifverträge hinwegsetzen, dann erwacht den Arbeitern die Pflicht, den Versprechungen der Unternehmer das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Sollte das Beispiel der Essener Bauunternehmer Nachahmung finden, dann müßte unsere Auffassung von dem Wert der Tarifverträge einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Ähnlich wie in Essen liegen zurzeit die Verhältnisse in München. Auch hier haben die Bauunternehmer aus purem Übermut ihre Arbeiter ausgesperrt und sich dadurch außerstande gesetzt, die kontraktlichen Verpflichtungen in bezug auf die rechtzeitige Fertigstellung der übernommenen städtischen Bauten zu erfüllen. Die sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten haben deshalb an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob er gewillt ist, die in Betracht kommenden Bauten in Regie ausführen zu lassen. Die Antwort wird wahrscheinlich verneinend ausfallen, denn der Magistrat hat anscheinend schon den kontraktbrüchigen Unternehmern Aufschub gewährt. Hier ist aber auch der Oberbürgermeister nicht persönlich an einem Vertrag interessiert, wie es in Essen der Fall ist, deshalb liegt auch kein Bedürfnis vor, wegen einiger Hundert auf dem Pflaster gefester Arbeiter den Herren Unternehmern Unannehmlichkeiten zu machen.

Ein Geächteter. Auf der Zeche „Borussia“ sind wieder einmal durch ein kapitalistischer Profitgier zu dankendes Unglück 40 Menschenleben zugrunde gegangen. Als nun die tobenden Dämpfe dicht aus dem Unglücksloch „Borussia“ emporkam und die eigene Belegschaft meist erschöpft von der Rettungsarbeit ausfuhr, erging an die Umherstehenden der Ruf: „Freiwillige Rettungsmannschaft vor!“ Da trat als einer der ersten der Bergmann Hansmann aus Göttinghofen aus der Reihe und fuhr in den Schacht ein, um die noch vermissten 40 Kameraden bergen zu helfen. Hansmann beteiligte sich hervorragend von 1 Uhr nachmittags bis fast 11 Uhr nachts an dem kameradschaftlichen Liebeswerk, drang bis wenige Meter zu der Brandstelle vor, leider versperren aber nun die Brandgase den todesmühtigen Rettungsmannschaften ganz den Weg. Sie mußten umkehren und kamen total erschöpft, teilweise halb bewusstlos, zum Tage zurück. Hier stand ein Beamter und notierte die Namen. Es entspann sich folgendes Gespräch: „Wie heißen Sie?“ „Heinrich Hansmann!“ „Auf welcher Zeche arbeiten Sie?“ „Auf keiner Zeche, ich bin wegen des Streiks gemaspregelt!“ Verlegene Gesichter. Hansmann ist nämlich das Mitglied der Siebenerkommission, Vorstandsmittglied, einer der bekanntesten Führer des Bergarbeiterverbandes und ein führender Parteigenosse. Er lief vergeblich von einer Zeche zur anderen; überall steht er auf der schwarzen Liste! Und dieser Mann, geht vom „humanen“ Kapital, legt sein Leben aufs Spiel, fährt zur Rettung der Borussiaopfer ein — und steht hernach wieder als Opfer des kapitalistischen Terrorismus auf der Straße!

Ein statistischer Warenverzeichnis für die Zeit vom 1. März ab hat das Statistische Amt auf Grund des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 ausgearbeitet, der soeben den Bundesregierungen zur Begutachtung zugegangen ist. Der Entwurf schließt sich der Nummernfolge des Zolltarifs an. Die Zolltarifnummern werden zugleich die statistischen Nummern bilden. Soweit Unterabteilungen erforderlich sind, ist für sie innerhalb der betreffenden Tarifstelle die Buchstabenfolge gewählt worden. Der Entwurf umfaßt mit diesen Unterabteilungen rund 1900 Nummern gegen 1200 Nummern des bisherigen statistischen Warenverzeichnisses. In seiner äußeren Einrichtung schließt er sich an das zurzeit gültige statistische Warenverzeichnis an.

Opfer des Alkohols. Die Zahl der wegen chronischen Alkoholismus und Säuferewahnsinn in den allgemeinen Krankenhäusern des preussischen Staates behandelten (aufgenommenen) Personen betrug nach dem „Statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat“ 1904 (Seite 115) im Jahre 1902 13377, und zwar 12576 Männer und 801 Frauen. Außerdem wurden im Jahre 1902 in sämtlichen Irrenanstalten 1418 Männer und 111 Frauen, im ganzen 1529 Personen, an Säuferewahnsinn behandelt. Dazu kommen noch die Fälle von ausgesprochenen alkoholischen Geistesstörungen, die nicht besonders bezeichnet sind. Es resultieren demnach mindestens 20000 Personen, die wegen ausgesprochener alkoholischer Störungen in preussischen Krankenhäusern und Irrenanstalten behandelt worden sind.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

An Stelle des infolge Berufswechsels aus dem Verbandsvorstand ausgeschiedenen Kollegen Johann Baierle ist gemäß § 78 unseres Statuts der Kollege Ernst Koch, Schreiner, gewählt worden.

Den Zahlstellen Klosterfelde und Klumpenheim wird hiermit die Genehmigung erteilt, ab 1. August d. J. einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.



Für die ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden gingen vom 11. bis 24. Juli aus unseren Zahlstellen bei der Hauptkasse ein: Biberach 5 Mk., Blomberg 20, Bonn 31,44, Driesen 10, Eppendorf 5, Galdorf 5, Hagen 15, Holzmitden 25, Hferlohn 10, Klosterfelde 10, Landau 6, Riegnitz 25, Michelstadt 2,75, Nordenham 10, Oberhausen 10, Reistenhausen 3,20, Schönwalde 7,95, Strelitz 10, Themar 35, Urbingen 20, Unna 10, Verden 7,20, Wiesbaden 100 Mk., zusammen 333,54 Mk., bereits quittiert 992,49 Mk., zusammen 1376,03 Mk.

Nachdem die Generalkommission die Sammlung für beendet erklärt hat, bitten wir, alle in den Zahlstellen noch gesammelten oder aus den Lokalkassen bewilligten Beträge umgehend an den Hauptkassierer A. Bohne, Adlerstr. 43, einzufenden. Die Gelder sind nicht direkt an die Generalkommission zu senden, weil von uns bereits ein Vorschuss von 3000 Mk. auf das Konto der Sammlung an die Generalkommission abgeführt wurde.

Demnächst erscheint eine neue Agitationschrift, welche zur Verbreitung unter den Bürsten- und Pinselmachern bestimmt ist. Wir ersuchen alle Zahlstellen, in deren Bezirke die Bürsten- und Pinselindustrie vertreten ist, Bestellungen auf diese Agitationschrift recht bald bei uns einzureichen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 72248 August Koch, Tischler, geb. 12. 7. 58 zu Schiep.
- 120910 Bernhard Huthöfer, Schreiner, geb. 16. 8. 82 zu Diespeck.
- 130678 Leonhard Wäter, Schreiner, geb. 19. 7. 70 zu Weyreuth.
- 174614 Franz Pfister, Schreiner, geb. 15. 10. 82 zu Germersheim.
- 174707 Peter Horn, Schreiner, geb. 19. 7. 65 zu Göchitz a. M.
- 206945 Emil Vater, Tischler, geb. 19. 1. 74 zu Neuhaus.
- 240288 Johann van Kann, Tischler, geb. 17. 2. 84 zu Emmerich.
- 258085 Adam Deuschle, Maschinenarbeiter, geb. 3. 1. 73 zu Röngen.

261263 Albin Kunze, Tischler, geb. 11. 10. 85 zu Bertschendorf. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

### Korrespondenzen.

**Coblenz.** In vielen hiesigen Schreinerwerkstätten herrschen noch recht idyllische Zustände, so zum Beispiel bei Schreinermeister Michael Poser, wo die tägliche Arbeitszeit 11 bis 15 Stunden beträgt. Am Samstag gibt es aber häufig nur einen kleinen Abschlag auf den Lohn, vorausgesetzt, daß der Meister überhaupt Geld hat; hat er keins, was auch schon vorgekommen ist, dann müssen sich eben die Arbeiter gedulden. Sie tun es aber gern, denn sie wissen, daß Herr Poser sich nicht lumpen läßt, wenn er wieder bei Kasse ist. Dann gehen Meister und Gesellen gemeinsam einen guten Trunk nehmen, es herrscht eitel Freude und Wohlgefallen, das nur gestört wird durch die Befürchtung, am nächsten Samstag womöglich ohne Lohn heimgehen zu müssen. Es ist bedauerlich, daß die dort arbeitenden Kollegen sich mit solchen patriarchalischen Verhältnissen abfinden, organisierte Arbeiter, die auf ein geordnetes Arbeitsverhältnis Wert legen, werden gut tun, solche Werkstätten zu meiden; leider gibt es aber von dieser Sorte mehr am Platze. Überhaupt ist es hier üblich, daß für viel Arbeit wenig Lohn bezahlt wird, die Coblenzer Kollegen sind aber so bescheiden, daß sie sich ganz wohl dabei fühlen. Für die Organisation sind sie nur sehr schwer zugänglich. Warum denn auch organisieren; das können ja die Fremden machen, wir Coblenzer haben das ja nicht nötig. Da ist es doch am Rhein ganz anders, da hören wir Müßel und sehen, wie sich die Kapitalisten amüsieren, und wir dürfen dabei sein und dürfen zusehen! Aber in die Versammlung gehen, wie abgeschmackt, da könnte man ja eventuell seine Lage verbessern, das geht nicht, wir fühlen uns so viel wohler. Ja, Kollegen, zu solchen Schlußfolgerungen kommt man, wenn man die leeren Versammlungen sieht. Es ist wirklich traurig, daß so wenig Interesse vorhanden ist für die Organisation. Besonders wünschenswert wäre es, wenn sich auch die Kollegen aus der Pianofortefabrik von Knaus an unseren Versammlungen beteiligen würden. Der schon länger gehegte Plan, eine Sektion der Pianofortearbeiter einzurichten, konnte wegen zu schwacher Beteiligung nicht ausgeführt werden. Indem wir auf das letzte Eingefandt von Dresden hinweisen, ersuchen wir die Kollegen, am Samstag den 29. Juli Mann für Mann in der Versammlung zu erscheinen. Es gilt Stellung zu nehmen zur Frage einer Klavierarbeiterkonferenz, und darum ist es erforderlich, daß unsere regelmäßigen Versammlungen besser besucht werden, damit wir endlich auch in Coblenz einmal vorwärts kommen und wir bessere Verhältnisse schaffen können.

**Cottbus.** Von hiesigen Firmen werden fortwährend in auswärtigen Blättern und Arbeitsnachweisen tüchtige Arbeitskräfte für hiesige Tischlereien gesucht. Dies könnte manchen Kollegen veranlassen zu glauben, in Cottbus herrsche Mangel an Arbeitskräften. Das ist jedoch nicht der Fall. Wir geben zur Orientierung der Kollegen folgende Tatsachen zum besten. Die Arbeitszeit in Tischlereien beträgt im allgemeinen 58 Stunden pro Woche, nur in der Möbelfabrik Marby wird 56 und in der Bauischlerei Mittag 55 1/2 Stunden gearbeitet. Ein paar rückständige Betriebe mit ebensolchen Arbeiten arbeiten noch 59 und 62 Stunden. Meist wird in Zeitlohn gearbeitet, nur einige Möbeltischlereien mit geringer Arbeiterzahl haben die Akkordberechnung. Die Löhne schwanken zwischen 28 bis 17 Mk. pro Woche. Der Höchstlohn wird von 4 Kollegen verdient. Der Minimallohn beträgt 30 Pf. (bei Mittag 35 Pf.) pro Stunde. Der sich ergebende Durchschnittswochenverdienst von 20 bis 21 Mk. ist bei den sehr teuren Lebensmittelpreisen und Wohnraumkosten gewiß nicht geeignet, den Kollegen ein sorgenfreies Dasein zu schaffen. Der Beweis, daß es den hiesigen Unternehmern sehr leicht ist, mit anderen Orten zu konkurrieren, ist darin zu erblicken, daß hierorts immer mehr Betriebe anfangen, sich zu vergrößern und ihre Ware nach größeren Städten, wie Dresden, Berlin usw., abzusetzen. Diese Erscheinung läßt darauf

schließen, daß die Produktionskosten für die Unternehmer hier verhältnismäßig gering sind. Dagegen hätten die hiesigen Kollegen alle Ursache, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. Unschönend wollen die Unternehmer dieser Eventualität vorbeugen, indem sie Arbeitermangel vorschützen, um ein Überangebot von Arbeitskräften herbeizuführen. Auf alle Fälle ist es ratsam, den Zeitungsannoncen gegenüber vorsichtig zu sein und sich vor der Abreise der Arbeitsstelle schriftlich zu versichern, denn es ist schon vorgekommen, daß Kollegen die letzten paar Groschen auf der Bahn verbrauchten, und dann, weil alles besetzt, nicht eingestellt wurden. Wir bitten aber auch die Arbeitsnachweise anderer Zahlstellen, etwaige Arbeitsgesuche von hier an unseren Nachweis, Schloßkirchstraße 12, zu verweisen, damit sich nicht solche Fälle wiederholen wie letzter Tage, wo ein hiesiger Unternehmer vom Leipziger Nachweis mit Leuten versehen wurde, nachdem vorher dort beschäftigte ältere Leute einer geringen Differenz halber gehen mußten.

**Grossen a. Ofter.** Ist es in unserem Orte bis dato auch noch nicht gelungen, eine Zahlstelle unseres Verbandes ins Leben zu rufen, so ist doch gegen früher ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, indem sich mehrere Kollegen der Firma Fall & Theilig bewegen ließen, dem Verband beizutreten. Sind die Kollegen infolge ihres ruhigen Benehmens den Unternehmern auch noch nicht lästig geworden, so gibt es doch sogenannte „Auchkollegen“, welche diesem Vorwärtsschreiten recht schieel entgegensehen. Durch immensen Arbeitsandrang war es einem unserer Kollegen, welcher mit Zuversicht beschäftigt ist, nicht möglich, alles zur rechten Zeit zu liefern. Ein „Auchkollege“ war darüber erbost, begab sich nach dem Kontor und erklärte dem Chef unter anderem, „daß immer nur für Organisierte gesorgt würde, während die anderen abwarten müßten, bis sie etwas bekommen“. Hat dieser Mensch mit dieser Äußerung auch nicht das erreicht, was er offensichtlich erreichen wollte, so muß es aber für die bereits Organisierten ein Mißton sein, treu und fest zur Fahne zu halten, gegebenenfalls „einer für alle und alle für einen“ zu stehen. Hoffentlich gelingt es uns auch recht bald, die Korbmacher der Kindewagenfabrik von Dauterlädtt für uns zu gewinnen, was uns trotz der größten Mühe bis jetzt noch nicht möglich war, sind doch auch dort die Verhältnisse nicht die besten. Fremden muß es allerdings, wenn man bedenkt, daß dort Leute, welche früher so tätig für unsere Sache waren, jetzt der Bewegung ganz den Rücken kehren, weil sie glauben, sonst brotlos zu werden. Sind deren Verhältnisse etwa so außerordentlich gute? Hier läßt sich noch alles zu wünschen übrig. Wir richten auch an diese Kollegen die Bitte, doch Mann für Mann unserer Organisation beizutreten, denn vereint sind wir alles, getrennt ein Nichts. Zählen wir doch heute schon 15 Mann, welche dem Verband angehören. Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters muß es sein, so lange zu agitieren, bis wir auch den Besten für uns gewonnen haben.

**Stuttgart.** In zwei Versammlungen — am 24. Juni und 15. Juli — beschäftigten sich die hiesigen Mitglieder mit den Verhandlungen des Cobler Gewerkschaftskongresses. Die Debatte gestaltete sich äußerst lebhaft und förderte allgemeine Unzufriedenheit mit mehreren in Coblenz gefassten Beschlüssen zutage. Am wenigsten befriedigt zeigte man sich mit der Haltung des Kongresses zur Matfeier und zum Generalstreik. Folgende Resolution gelangte von der von 120 Kollegen besuchten Versammlung einstimmig zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Zahlstelle Stuttgart des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist mit der Haltung des Cobler Gewerkschaftskongresses zur Frage der Matfeier nicht einverstanden und bedauert es, daß namentlich die Vertreter der größeren Organisationen die Arbeitsruhe am 1. Mai völlig preisgegeben und so die Feier selbst ihrer ganzen Bedeutung entkleidet haben. In Anerkennung der Bedeutung der Matfeier für die gesamte Arbeiterbewegung erklären die Versammelten, die Arbeitsruhe auch fernerehin als die würdigste Feier zu betrachten und demgemäß auch in Zukunft noch mehr als bisher für dieselbe einzutreten.“ Eine weitere Resolution \* die gegen mehrere auf dem Kongress gebrauchte Reden und wünschenswerte Nebenwendungen einiger Delegierten protestiert und die Hoffnung ausspricht, daß die Arbeiterschaft bei zukünftigen Delegiertenwahlen mehr Vorzicht an den Tag legt, wurde ebenfalls gegen einige Stimmen \*\* angenommen.

### Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zugang ist fernzuhalten von: **Tischlern nach Anklam** (W. Oldenburg), Breslau, Bochum (Wackmann), Bunzlau (Kettner junior), Coblenz (Deussen Schöne), Danzig (C. & E. Köhner), Dülmen i. Westf. (F. H. Meisen), Düsseldorf, Falkenstein, Finsterwalde (Tischfabrik Kurt Winkler), Fischbach im Taunus (F. G. Schmidt), Flensburg (Schiffswerft), Geesthacht, Gelsenkirchen, Gera, Goslar a. Harz (Fr. Wagener), Griesheim bei Frankfurt a. M., Halberstadt (Wulfert), Schw. Hall, Halle a. S. (C. Hauptmann und Vereinigte Tischlermeister), Lage (A. Bütke), Landslut, Leipzig, Riegnitz (Tieh), Rissa, Lüdenscheid (W. Schütte), Meerane (Schnabel), Neuß, Oberkunnorsdorf (Gold), Niederneuschönberg i. Sa. (Hartwig & Rinzel), Pforzheim, Priebus, Regensburg, Leterow, Thorn, Wanne, Schweiz, Schweden;

\* Diese Resolution, die vom Kollegen Dörfer eingebracht war und die allein den Geist und die Tonart der Diskussion über den Gewerkschaftskongress widerspiegelte, wird uns leider nicht mitgeteilt. Wir müssen das bedauern. Unsere Kollegen im Lande draußen hätten jedenfalls ein Recht darauf, auch diese Resolution zu erfahren. Die Versammlung vom 22. Juli hat aber beschlossen, diese Resolution nicht zu veröffentlichen. Man wird danach zu beurteilen haben, welche Bedeutung man den Versammlungen vom 24. Juni und 15. Juli überhaupt beimessen hat, wenn eine spätere Versammlung einen ihrer Beschlüsse desavouieren muß.

\*\* Hier berichtet der Berichtsfatter falsch. Diese Resolution ist nicht gegen wenige Stimmen, sondern, wie der Vorsitzende ausdrücklich feststellte, mit einigen Stimmen Mehrheit angenommen worden.

**Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Dresden** (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Schw. Hall; **Möbeltischlern nach Augsburg, Berlin, Rast bei Ebn (F. Koch), München, Nürnberg, Regnitz, Schweden;** **Tischlern und Stellmachern nach Dessau** (Waggonfabrik), Dortmund, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Garthaus (Franz Steyer), Weimar (Alt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf); **Stuhlmachern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Lahr** (W. Ringwald, Werberstraße 48); **Stellmachern nach Augsburg, Gelsenkirchen, Graudenz, Leipzig, Prenzlau;** **Drechslern nach Bernau (Rikert), Obernhausen** (Stuhlfabrik Schneider); **Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg** (F. C. Neupert), Dresden, Johannegeorgenstadt (A. Grunert), Leipzig (Brettschneider), Riegnitz (A. Freitag); **Parfettlegern nach Nürnberg** (Moser); **Stettin** (Rahulow); **Korbmachern nach Celle** (Gebrüder Rohlmann), Riegnitz (Konehny), Lübeck (F. Oldenburg), Markranstädt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff); **Bürstenmachern nach Berlin** (Schächter), Heidelberg (Gallus Mahler); **Pantinenmacher nach Cottbus.**

**In Alfeld a. Leine** sind Differenzen ausgebrochen. Am 22. Juli haben die Tischlergesellen wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

**In Anklam** dauert der Streit bei der Firma Oldenburg nun neun Wochen, mittlerweile haben sich in dem gesperrten Betrieb eine Reihe Arbeitswilliger eingefunden, auch Hirsch-Dundersche Gewerksvereiner sind wieder einmal unter den Streikbrechern. Um diese Hirsch-Dunderschen Streikbrecher weiß zu waschen, läßt sich die „Eiche“ wieder einmal einen schönen Stiefel zurecht. Es sei der „Eiche“ einfach gesagt, daß der hiesige Ortsverein ihres Gewerksvereins am 17. Juni beschlossen hat, „kein Mitglied des Ortsvereins darf unter den jetzigen Umständen bei Oldenburg arbeiten“. Die dort arbeitenden Stellmacher und Maschinenarbeiter könnten wohl aufgenommen werden, doch wurde ihnen empfohlen, mit dem Eintritt bis nach Beendigung des Streiks zu warten. Trotz diesem Beschluß wurden am 1. Juli ein und am 15. Juli drei Streikbrecher in den Gewerksverein aufgenommen. Dem Gewerksvereinsvorsitzenden, Kollegen Reinke, wurde dies doch zu stark, und er trat in den Holzarbeiterverband über. Reinke stellte auch in einer öffentlichen Versammlung am 17. Juli fest, die Hirsch-Dunderschen hätten schon lange sehnsüchtig auf die Proklamierung des Streiks gewartet, um nur ihre Mitglieder in den Oldenburgschen Betrieb hineinzubekommen, wer von den arbeitslosen Gewerksvereinsmitgliedern nicht bei Oldenburg anfangen, werde aus dem Gewerksverein gestrichen. Das ist also Hirsch-Dundersche Taktik. Es ist gut, das einmal zu erfahren. Zum Glück sind die Herren Arbeitswilligen, auch die Hirsch-Dunderschen, nur wenig leistungsfähig, so daß sie Herrn Oldenburg nicht viel helfen können. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten.

**In Augsburg** stehen seit dem 3. beziehungsweise 10. Juli sämtliche Wagner, mit Ausnahme eines einzigen, im Streit. Trotz Entgegenkommens der Gesellen durch Steigerung ihrer Forderungen bleiben die Meister auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Von den hiesigen neun Meistern hat nur ein einziger sämtliche Forderungen anstandslos bewilligt. Wir bitten, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

**In Bremerhaven** - Westemünde, sowie in Bremen ist die Werftarbeiterausperrung Zeitungsnachrichten zufolge bereits vor vierzehn Tagen beendet worden. Ein Bericht über die Veranlassung, den Verlauf und die Beendigung dieser Bewegung ist uns seitens unserer dortigen Zahlstelle nicht zugegangen, so daß wir uns auf die Mitteilung von dem Ende des Kampfes beschränken müssen.

**In Breslau** haben die Arbeitgeber infolge der Ausperrung der Maschinenarbeiter angebroht, sämtliche Tischler auszusperrern. Wir bitten, den Zugang nach Breslau fernzuhalten.

**In Celle** ist der Zustand in der Stuhlfabrik der Firma Mundhenke mit gutem Erfolg zugunsten der Arbeiter beendet. Es wurde durchschnittliche Erhöhung der Akkordlöhne um etwa 10 Prozent, neunzehnhundertige Arbeitszeit und 5 Pf. Zuschlag für Überstunden erreicht. Etwa daselbe wurde in der Stuhlfabrik Firma Krummweide in Celle vor kurzem erreicht. Diese Erfolge sollten auch den übrigen deutschen Stuhlarbeitern beweisen, daß auch ihre traurige Lage aufgebeßert werden kann, aber auch nur dann aufgebeßert wird, wenn die Stuhlarbeiter sich mehr als bisher dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen.

**In Cottbus** befinden sich die Pantinenmacher in Differenzen mit ihren Arbeitgebern. Zurzeit werden zur Beilegung derselben Unterhandlungen geführt. Hoffentlich nimmt die Sache einen befriedigenden Abschluß. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

**In Düsseldorf** ist die Situation im wesentlichen noch unverändert. So unglücklich es ist, trotz aller bisher erhaltenen Lehren sind die hiesigen Unternehmer des Glaubens, daß sie uns die Kasse sprengen könnten. In einer ihrer Versammlungen, deren sie jede Woche eine abhalten, gab der Vorsitzende Siebel den anwesenden Unternehmern den Rat, alles, was sie an Leuten, ob Schuster, Schneider oder Handlanger, erwischen, einzustellen, die Ausgesperrten würden sie ja doch aus der Bude holen. Auf diese Weise könnte man das Loch in der Kasse der Organisationen ziemlich groß machen, da sie den Arbeitswilligen Fahrgeld und zwanzig und mehr Mark Abschliegebeld zahlen müßten. Die Herren haben aber die Rechnung ohne die organisierten Kollegen gemacht. Auf solche Spekulationen, die keineswegs neu sind, fallen wir denn doch nicht herein. Aberhaupt haben die Unternehmer viel von uns gelernt. Die Stebenkommission hat sich als Streikkommission etabliert, die jeden Tag ihre regelmäßigen Sitzungen abhält; sie hat den Schreinermeister Köster als Streikführer angestellt. Ebenso halten sie jede Woche eine Versammlung in der Lonhalle ab, in der sie über den Stand der Bewegung Bericht erstatten und gleichfalls eine Resolution annehmen lassen, die sie dann als Mei-



nung der Versammlung in der Zeitung veröffentlicht. Diese Resolutionen bilden daher auch den Gradmesser für die bei den Unternehmern herrschenden Stimmungen. In der ersten Resolution wurde betont, daß man zu verhandeln bereit sei, jedoch nur auf Grundlage des von Unternehmerseite ausgearbeiteten Tarifs. Da dieser Vertrag aber der Lohnfrage gar keiner Erwähnung tut, ist dieses Anerbieten unsererseits absolut unannehmbar. In der in der zweiten Versammlung angenommenen Resolution bringt man zum Ausdruck, daß man zum Frieden bereit und von einem gegenseitigen Unterliegen nicht die Rede sein solle. Es ist selbstverständlich, daß es uns von Anfang an nicht auf die Machtfrage ankam. Wir stehen aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Lohnfrage der Kardinalpunkt ist, zu dessen Regelung die Unternehmer bereit sein müssen, sollen die Verhandlungen einen Zweck haben. Im Verlauf dieser Woche haben wir auch die Kollegen in den kleinen Werkstätten herausgezogen. Es hat sich dadurch die Zahl der Ausgesperrten, respektive im Streik befindlichen Kollegen auf 1800 erhöht, von denen bereits zirka 500 abgereist sind. Die Zahl der Streikbrecher ist sehr gering, trotzdem die Arbeitgeber in allen möglichen Zeitungen Deutschlands um Arbeitskräfte infizieren. Die Stimmung der Kollegen ist eine gute und berechtigt zu der Hoffnung eines baldigen Friedens, da die Konjunktur eine verhältnismäßig gute zu nennen ist und zum Herbst zweifellos eine ganz außerordentlich starke zu erwarten steht. Sehen die Unternehmer erst ein, daß die Kasse nicht zu sprengen ist, so werden sie wohl Vernunft annehmen müssen, soll der Schaden nicht für sie ein solcher werden, von dem sie sich so leicht nicht wieder erholen könnten.

**In Fischbach im Taunus** sind in der Möbelfabrik von Job. Emil Schmidt wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Wir bitten deshalb, diesen Betrieb zu meiden.

**In Freiburg i. Br.** hat die Lohnbewegung der Schreiner durch den Abschluß eines Arbeitsvertrags vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt vorläufig ihr Ende gefunden. Mögen die Ergründungen auch nicht als großartig zu bezeichnen sein, so ist doch ein Hauptgewicht darauf zu legen, daß der Streik vermieden wurde. Das Entgegenkommen der Arbeitgeber war jedenfalls kein freiwilliges, sondern das Bewußtsein, daß hinter der Lohnforderung der Arbeiter gegenwärtig eine gute Organisation der Schreiner steht, dürfte bei ihnen den Frieden diktiert haben. Das Wesentlichste an der Einigung besteht in der Festlegung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit gegen die bisherige zehnstündige. Weiter ein Lohnzuschlag von 2 1/2 Prozent am 1. August und einen gleichen am 1. Mai 1906. Dazu kommt der wöchentliche Zahlungstag am Freitagabend und die Garantierung des Tagelohns bei neuen Arbeiten. In einigen Geschäften dürfte es vielleicht doch noch zu ernstlichen Differenzen kommen, sofern die Geschäftsinhaber sich diesen Bestimmungen nicht fügen würden.

**In Freising** hat der Streik ein für unsere Kollegen günstiges Ende gefunden, zugestanden wurde 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 4 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, 20 Prozent Aufschlag für Überstunden, 50 Prozent für Sonntagsarbeit usw.

**In Gesehacht** ist der Streik der Tischler aufgehoben, weil Streikende nicht mehr vorhanden waren. Leider hat sich die an den Streik geknüpfte Hoffnung nicht erfüllt, von den sechs in Betracht gekommenen Betrieben haben nur drei mit fünf Kollegen die Forderungen bewilligt. Die Firma J. Dieze & Sohn, die vor dem Streik 17 Tischler beschäftigte und bei der Lohnbewegung hauptsächlich in Frage kam, hat, obgleich neun Kollegen die Arbeit niederlegten, keinerlei Zugeständnisse gemacht. Ein weiterer Versuch, diese Firma zu treffen, scheiterte jedoch an der Indolenz und dem Egoismus der dort beschäftigten Kollegen. Durch diese Taktik der Herren Nachkollegen ist der Gemütschuh für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der hiesigen Kollegen geblieben. Bei früheren wie auch bei der jetzigen Lohnbewegung haben sich die Arbeitgeber auf benannte Firma berufen, daß, wenn diese Firma die Forderungen anerkenne, sie sich nicht weigern würden. Wenn die Kollegen nur gewollt hätten, wäre es ein leichtes gewesen, den Sieg zu erringen und Dieze & Sohn gleichzeitig zur Anerkennung der Organisation zu bewegen, mit der sie nichts zu tun haben wollen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Kollegen, die schon Jahre der Organisation angehören, dem Arbeitgeber Schlepptreue leisten würden. Nun, es wird auch trotzdem vorwärts gehen.

**In Gelsenkirchen** ist es nunmehr zur Arbeitsniederlegung gekommen, und zwar waren zunächst die Kollegen von sechs Werkstätten in den Streik eingetreten. Als diese Kollegen ihre Kündigung eingereicht hatten, ergriff auch die Herren Innungsmeister im Verein mit dem Arbeitgeberbund fürs Baugewerbe das Ausschließungsrecht. Von diesen beiden Korporationen wurde beschlossen, falls bis 15. Juli von den Arbeitern die Kündigung nicht zurückgezogen wird, dann werden sämtliche organisierten Schreinergehilfen ausgesperrt. Es sei hier gleich bemerkt, daß dieser Beschluß wohl nach berühmten Mustern gefaßt, nur nicht ausgeführt wurde. Ganze sechs Meister kündigten ihren 15 Arbeitern. Selbstverständlich wurde trotz dieses Ausschließungsbeschlusses doch die Arbeit niedergelegt auf den sechs Werkstätten mit dem Erfolg, daß schon nach einigen Tagen einige von diesen Meistern die Forderungen der Arbeiter wenn nicht ganz, so doch befriedigend anerkannten und deshalb die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen wurde. Einige andere Meister, wo die Arbeiter noch gar nicht gekündigt hatten, bewilligten ebenfalls schon, so daß zirka 100 Kollegen zu neuen Bedingungen arbeiten. Auf Grund dieser günstigen Situation wurde nunmehr beschlossen, auf der ganzen Linie die Kündigung einzureichen; dieselbe läuft nächste Woche ab, so daß dennoch ein großer Teil von Kollegen die Arbeitsplätze verlassen. Wenn der Zugang ferngehalten wird, so ist zu erwarten, daß die Gelsenkirchener Kollegen ihre bescheidenen Forderungen bald durchgesetzt haben.

**In Halle a. S.** hat der Arbeitgeberverband, statt sich mit uns gemeinsam die Durchführung des Vertrags angelegen sein zu lassen, zu der Maßnahme aufgeschwungen, unsere streikenden Kollegen der Werkstätten der „Vereinigten Tischlermeister“ und von G. Hauptmann für ihr Eintreten für den Vertrag auf ein halbes Jahr auszusperrn. So steht es wenigstens vorläufig geschrieben, bedeutet aber eine arge Zwischmühle für die Herren Arbeitgeber, denn Arbeit ist sehr reichlich vorhanden. Unsere erste Antwort auf diese

Maßregel ist deswegen, daß sämtliche Überarbeit verweigert wird. Des weiteren geht an alle Kollegen das dringende Ersuchen, den Zugang nach hier streng fernzuhalten und unter keinen Umständen Arbeit nach hier anzunehmen. Ob dann durch den Abgang der ledigen Kollegen von hier den Herren Arbeitgebern nicht bald ein anderes Licht über ihre vertraglichen Pflichten aufdämmern wird, bleibt abzuwarten.

**In Heidelberg** haben unsere Mitglieder, die Bürstenmacher, bei der Firma Mahler ohne Streik eine Lohnerhöhung von 1,20 bis 3 Mk. pro Woche durch ihr einmütiges Vorgehen herausgeholt — ohne Knieestadt!

**In Hof** wurde über die Möbelfabrik von G. Sithe die Sperre verhängt. Anlaß boten die zahlreichen Mißstände im Geschäft, deren Beseitigung brüsk abgelehnt wurde. Obendrein wurde noch ein Kollege gemäßregelt, so daß Verhandlungskollegen aufhörten. Wir ersuchen, die Werkstätte zu meiden.

**In Johannegeorgenstadt** ist der Streik bei der Firma Brunert durch Vergleich mit einem für unsere Kollegen befriedigenden Resultat beigelegt. Bisher konnten nur zwei Drittel der ausständigen Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen. Da die übrigen erst nach längerer Zeit wieder anfangen können, ist Zugang noch fernzuhalten.

**In Leipzig** dauert der Streik bei der Firma Bretschneider, Pianofortefabrik, unverändert fort. Die Firma macht, weil es ihr in Leipzig bisher nicht gelang, arbeitswillige Pianofortearbeiter zu bekommen, nun kolossale Anstrengungen, solche von auswärts zu beziehen. Durch das Infizieren in auswärtigen Zeitungen findet sich ein großer Teil Kollegen aus allen Gegenden Deutschlands, welche von der Firma dann unter allen möglichen Versprechungen engagiert werden. Kommen dieselben nun an, so ist es für die Streikenden außerordentlich schwer, dieselben wieder zur Abreise zu bewegen; geradezu auffällig ist es, daß sogar verheiratete Kollegen, welche in einem festen Arbeitsverhältnis standen, daselbe aufgeben und, ohne sich erst mal darum zu bekümmern, was hier los ist, dann nach hierher Arbeit annehmen. Es muß ganz besonders Aufgabe der Verwaltungspersonen in den einzelnen Orten sein, die Kollegen dahin aufzuklären, daß auf solche Infiraten hin ohne vorherige Erkundigung keine Arbeit anzunehmen ist. Wenn es auch in den meisten Fällen gelingt, die Kollegen wieder zur Umkehr zu bewegen, so finden sich doch immer einzelne Elemente, welche kleben bleiben und dadurch die Position der Streikenden erschüttern. Die Geschlossenheit der Streikenden selbst ist noch die gleiche wie am ersten Tage und wird es auch auf die Dauer des Kampfes so sein; wir wünschen nur, daß die auswärtigen Kollegen ihre Pflicht tun und den Zugang nach hierher fernhalten.

**In Meerane** weigert sich noch Tischlermeister Schnabel, die Forderungen unserer Kollegen zu bewilligen, weshalb die Werkstatt gesperrt ist! Die übrigen Meister haben die neuen Bedingungen durchgeführt.

**In Neuhausen i. Erzgeb.** wurde der Streik der Kollegen der Stuhlbranche nach zehnwöchiger Dauer beigelegt. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich, wie eine Erhöhung des Stundenlohns von 2 bis 4 Pf.

**In Plauen** haben die Kollegen der Werkstatt Menzel (Tischlerei) die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten!

**In Wanne** befinden sich unsere Kollegen nunmehr alle im Streik, sie fordern daselbe wie die Gelsenkirchener Kollegen, weil hier auch ja ziemlich dieselben Verhältnisse herrschen. Bei der größten Firma am Orte, Wischeloß & Co., ist der Betrieb ganz stillgelegt. Bei einigen anderen Firmen haben einige Kollegen nicht den Mut gehabt, trotz eingereichter Kündigung auch tatsächlich die Arbeit niederzuliegen, doch kommen diese nicht so sehr in Betracht. Wir machen die Kollegen auch auf diesen Streik aufmerksam und erwarten, daß kein Kollege nach Wanne kommt. In den bekannten vereinigten Zentrumsblättern von Rheinland und Westfalen werden für Wanne 50 Laub- und Möbelschreiner gesucht. Die Verhältnisse sind bei dieser Firma durchaus nicht so günstig, daß es sich verlohnt, dort Streikbrecher zu spielen. Ist es doch vorgekommen, daß Löhne von 18 und 20 Pf. pro Stunde verdient worden sind. Die Firma hatte nicht damit gerechnet, daß die Kollegen so einig würden, die „schönen Arbeitsplätze“ zu verlassen. Wir bitten also unsere Kollegen, das Gebiet von Gelsenkirchen, Wanne, Schalte, Rotthausen und Eikel zu meiden, dann werden auch in dieser dunklen Ecke die Verhältnisse bald bessere werden.

**In Wien** sind am 10. Juli ein Teil der Wagnergehilfen (Stellmacher) ausgesperrt worden. Den Grund zur Aussperrung suchten sich die Unternehmer in den über einzelne unmagieblige Wagnermeister verhängten Boykotts. Wie wenig der Zeitpunkt für eine Aussperrung günstig, beweist, daß sich nur 60 Unternehmer entschließen konnten, 161 Gehilfen auszusperrn, von denen bereits ein Teil der Ledigen von Wien abgereist ist. Die Gehilfen beantworteten die Aussperrung der Unternehmer am darauffolgenden Tage in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung der Wagnergehilfen Wiens, in der sie folgende Forderungen stipulierten: Einführung der neunehalbständigen Arbeitszeit, an den Tagen vor den drei großen Festen Arbeitslohn um 12 Uhr mittags bei Zahlung des ganzen Tagelohnes, Stellung der Werkzeuge durch den Unternehmer, 10 Prozent Lohnerhöhung und Minimallohn von 3 1/2 Kronen pro Tag, für Überstunden 25 Prozent Aufschlag, Anerkennung der Vertrauensmänner der Organisation und des 1. Mai. Allen jenen Unternehmern, die bisher mehr der Not als dem eigenen Triebe gehorchend gezwungen sind, wieder um ihre Arbeiter zu schicken, denen werden diese Forderungen unterbreitet. Sind sie angenommen und unterfertigt, dann erst wird die Arbeit aufgenommen. Im Laufe dieser Woche haben schon einige Unternehmer in den sauren Apfel beißen müssen, so daß mit den Abgereisten die Zahl der noch Ausgesperrten auf ungefähr 70 bis 80 heruntergesunken sein dürfte. Auf alle Fälle ist Zugang von Wagnern nach Wien streng fernzuhalten.

**Was die Reinstundenbewegung der Tischler in Wien** betrifft, so macht sie außerordentliche Fortschritte. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht immer wieder in einer Reihe von Tischlereibetrieben durch den Druck der Organisation der Reinstunden tag mit teilweiser Erhöhung des Lohnes zur

Einführung gelangte. Von der Vereinigung der Wiener Tischlermeister, die seinerzeit mit so viel Pomp ins Leben trat und später die verunglückte Aussperrung der hiesigen Tischler inszenierte, hört man gar nichts mehr. Sie scheint selbig in dem Herrn entschlafen zu sein. Leider!

**In Czernowitz** (Bukowina), dem äußersten Winkel Österreichs, hart an der rumänischen Grenze, haben ebenfalls die Tischler nach kurzem Streik im Wege eines Kollektivvertrags folgende Begünstigungen erzielt: 1. 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 2. 10 Prozent Lohnerhöhung, 3. Anerkennung der Organisation, 4. an Vorabenden vor hohen Feiertagen um 4 Uhr Feierabend und Bezahlung des ganzen Tages. Ab 1. Mai 1906 soll die Arbeitszeit auf 9 1/4 Stunden reduziert und der Lohn von 10 auf 15 Prozent hinaufgesetzt werden. Der Vertrag dauert bis zum Jahre 1908. f. s.

### Aus den Berufen der Holzbranche.

**Die Internationale Union der Holzarbeiter** umfaßt jetzt, wie wir dem Zirkular Nr. 4 ihres Sekretärs Kollegen Veipart entnehmen, 12 Nationen mit 28 Organisationen, welche am Jahresluß 1904 insgesamt 169969 Mitglieder hatten. Neu angeschlossen haben sich in diesem Jahre die Organisationen der Holzarbeiter in Sofia und Philippopol, der Dänische Drechslerverband, Schiffszimmererverband und Bildhauerfachverein, der Verband der Holzarbeiter Italiens und der Verband der Tischler in der französischen Schweiz. Die Aufnahme des Dänischen Fachvereins der Bautischler wurde auf Einspruch des Dänischen Tischlerverbandes abgelehnt, die Aufnahme des Dänischen Fachvereins der Pianofortearbeiter erübrigte sich durch Verschmelzung desselben mit dem Tischlerverband. Von Deutschland gehören der Internationalen Union 4 Verbände mit 117442 Mitgliedern an.

**In der „Eiche“** Nr. 28 ist in dem Artikel „Modell-tischlerstreik Berlin“ folgendes zu lesen: „Auch in Dresden und Leipzig, der Hochburg des Holzarbeiterverbandes, wurde in fast allen Betrieben Streitarbeit für Berlin gemacht. Verschiedentlich sei von den Kollegen auch darauf gedrungen worden, diese zurückzumeifen. Von den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sei aber nicht das geringste geschehen, dem Verlangen stattzugeben. Ja, in Dresden ging man sogar so weit, zu erklären, wenn die Modell-tischler in ganz Deutschland streiken würden, dann wäre das Verlangen berechtigt, nur für die Berliner, das gibt's nicht.“ Unwahr ist zunächst, daß in Dresden in einer größeren Zahl von Betrieben überhaupt der Versuch der Streitarbeitsfertigung gemacht worden ist. Von der Lokalverwaltung, wie Sektionsleitung ist beschlossen worden, „überall dort, wo versucht werden sollte, Streitarbeit anzufertigen, ist das sofort zu melden und die Arbeit zu verweigern“. Direkte Streitarbeit ist von den Dresdener Modelltischlern nicht ein Stück angefertigt worden. Als wir Nachricht bekamen, daß auf Umwegen versucht wurde, Arbeit nach Berlin zu bekommen, ist den Kollegen aufgetragen worden, Modelle nach Zeichnungen, denen der Firmastempel fehlt, so lange zu verweigern, bis einwandfrei festgestellt ist, daß Streitarbeit nicht vorliegt. In drei Betrieben ist die Arbeit niedergelegt worden, weil nach unserer Meinung die Arbeit nach Berlin hätte sein können, trotzdem die Unternehmer hoch und teuer versichert haben, es sei keine Streitarbeit. Unter Einwirkung Berliner Kollegen ist ständig Kontrolle geübt worden. Ein Ausspruch, wie in der „Eiche“ angegeben, ist von keinem Dresdener Kollegen, der Einfluß hat, getan worden, ob von einem, der den zwei organisierten Hirschen (mehr sind in Dresden nicht) nahe steht, entzieht sich unserer Kenntnis. In Dresden ist also von der Lokalverwaltung, der Sektionsleitung, wie auch von allen organisierten Kollegen alles getan worden, den Berliner Kollegen zum Siege zu verhelfen. Wer was anderes behauptet, muß schon Namen und direkte Tatsachen mitteilen. Bedauert ist nur worden, daß die Dresdener nicht generell mitmachen konnten.

**In Jüterburg**, von welcher wir kürzlich berichteten, daß sie die behälter, Entschädigungen usw. so viel ansieht, daß für ihre eigentliche Aufgabe, die Förderung der Handwerkerinteressen wenig mehr übrig bleibt, hat sich zu einer gewaltigen Lat aufgerafft; sie hat 5000 Mk., das ist etwa 20 Prozent ihrer Jahreseinnahme, dazu verwendet, um dem deutschen Kronprinzen ein Hochzeitsgeschenk zu kaufen. Die Wahl fiel auf einen prächtigen Schmuckschrank, den jedoch die biederen Meister der Jüterburger Tischlerei nicht etwa selbst anfertigten, sondern dessen Ausführung dem Fachlehrer der Meisterkurse für Tischler, Herrn Franke-Gumbinnen, übertragen war. Diese Verwendung der Innungsgelder geht sogar der gut monarchisch gesinnten „Güntherischen Tischler-Zeitung“ zu weit, sie meint, daß die 5000 Mk. als Stamm für eine Handwerkerstiftung oder in ähnlicher Weise besser Verwendung gefunden hätten, worin wir ihr nicht unrecht geben können.

**Ein Preisandschreiben zur Erlangung von Drechslereinstellungen** schreibt die Großh. Hessische Zentralstelle für die Gerber aus. Es handelt sich dabei um Entwürfe für ein Treppengeländer, bei dem der Antrittsstufen zu gleich als Träger eines Beleuchtungskörpers dient. Außer dem soll auch ein Kleider- und Schirmständer vorgefertigt sein. Ferner wird ein Entwurf einer Möbelzusammenstellung für ein Wohnzimmer gewünscht, die entweder als Erster einrichtung oder als Eckgruppe mit Abschlußgeländer ausgebildet sein soll. Die Arbeiten müssen bis 1. Oktober bei der Zentralstelle eingereicht werden. Es sind drei Preise von 180, 100 und 80 Mk. ausgesetzt.

**Der Nationalverband der französischen Möbelsarbeiter** hat seinen vierten Landeskongress für den 14., 15. und 16. August d. J. in die Arbeitsbörse zu Loulouise einberufen. Die Einberufung wird mit dem Hinweis auf die Krise in der Möbeldindustrie und die Unzulänglichkeit partieller Ausschüsse begründet. Nach Absicht der Einberufung soll der Kongress vor allem beraten: 1. über die Agitation, welche gemäß der Beschlüsse des letzten Generalkongresses zu Bourges und des Möbelsarbeiterkongresses zu Lyon die Einführung des Achtstundentages sichert, 2. über Mittel und Wege zur Herbeiführung größerer Solidarität bei der Unterstützung von Streiks usw. der einzelnen Branchen. Die Tagesordnung des Kongresses ist noch nicht festgestellt, die dem Verband angegliederten Organisationen werden um entsprechende Vorschläge ersucht.



### Gewerkschaftliches.

#### Die Gewerkschaften und die Parteipresse.

Die Gewerkschaften sind bei Durchführung ihrer Aufgaben in hervorragendem Maße auf die Presse angewiesen. Sie bedürfen der Presse zur Agitation, sie bedürfen ihrer vor allen Dingen bei Lohnbewegungen, sie bedürfen ihrer, wenn andere wichtige Organisationsfragen zu lösen sind. In der Erkenntnis dessen haben die deutschen Gewerkschaften von jeher und auch jetzt noch einen großen Wert auf die Ausgestaltung gerade des Pressewesens gelegt; haben doch die Gewerkschaften im Jahre 1904 allein 1097257 Mk. für ihre Verbandsorgane verausgabt, bei einer Gesamtausgabe von 17738753 Mk.; gewiß eine beträchtliche Summe. Die Gewerkschaften sind darüber aber auch nie im Zweifel gewesen, daß die Gewerkschaftspresse trotz ihrer großen Verbreitung nicht genügt, daß wir auf die Unterstützung anderer Publikationsorgane, daß wir vor allen Dingen auf die Unterstützung der Tagespresse angewiesen sind.

Wir müssen jederzeit in der Lage sein, auch jene Kreise der Bevölkerung beemfließen zu können, die außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen stehen, wir müssen die Möglichkeit einer jederzeitigen Bearbeitung und Kontrolle der öffentlichen Meinung haben. Diese Möglichkeit verschafft uns aber nur die Tagespresse und von dieser wieder nur die sozialdemokratische Tagespresse.

Der größere Teil der bürgerlichen Parteipresse steht uns direkt feindlich gegenüber. Mit allen Mitteln, selbst denen der Lüge und Verleumdung hat diese uns stets bekämpft. Andere bürgerliche Blätter, die sonst immer Wohlwollen den Gewerkschaften gegenüber zur Schau brachten, versagten uns ihre Unterstützung in Zeiten der Gefahr, in erster Linie bei Lohnbewegungen. Und die sogenante parteilose, die „Generalanzeiger“-Presse hat erst recht die gewerkschaftlichen Interessen mit Füßen getreten. Wir haben in den letzten Jahren noch keine Lohnbewegung zu verzeichnen gehabt, wo diese parteilose Presse uns nicht in den Rücken gefallen wäre, wo sie den Unternehmern nicht willig alle möglichen Handlangerdienste geleistet hätte.

Einzig die sozialdemokratische Presse hat uns stets willig zur Seite gestanden, sie ist bei aller und jeder Gelegenheit, wenn es galt, mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeiterinteressen zu fördern und wenn die Gewerkschaften selbst in Gefahr waren, unser treuer Bundesgenosse gewesen. Ihr verdanken wir viel; ihr verdanken wir einen großen Teil unserer Erfolge, ihr verdanken wir es auch mit, wenn die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland ein so großes Ansehen besitzt. Die in den Gewerkschaften hervorragend tätigen Arbeiter, wir wollen sagen die aufgestellten Gewerkschaftler, wissen das auch gut genug, sie haben aus dieser Tatsache nie ein Hehl gemacht, und sie haben all ihren Einfluß geltend gemacht zur Förderung der sozialdemokratischen Presse. Leider haben aber nicht alle Gewerkschaftler die große Bedeutung der sozialdemokratischen Presse erkannt, und sie lassen es an der so notwendigen Unterstützung derselben noch gar sehr fehlen. Ein großer Teil unserer Anhänger, das muß leider festgestellt werden, ist noch nicht einmal Abonnent der sozialdemokratischen Presse. In einzelnen Fällen ist das jüngst erst wieder festgestellt worden.

Die Leipziger Filiale des Transportarbeiterverbandes stellte vor kurzem durch eine Umfrage fest, daß circa 53 Prozent der Mitglieder die Arbeiterpresse nicht lesen. Von den Chemikern lesen gar nur 34 Prozent die Arbeiterpresse, 17 Prozent lesen bürgerliche Blätter, 48 Prozent verweigerten über ihre Zeitungslektüre jede Auskunft, jedenfalls weil sie Grund genug hatten, sich derselben zu schämen. Die Dachdecker Leipzigs lesen zu 53 Prozent die sozialdemokratische Presse, 9 Prozent lesen bürgerliche Blätter, 24 Prozent verweigerten die Auskunft.

Das ist ein recht betrübendes Verhältnis und, es dürfte in Berlin, Hamburg, Elberfeld, Köln, Frankfurt a. M., Stuttgart usw. nicht besser stehen. Eine Beschönigung ist da nicht am Platze. Alle diese Gewerkschaftler, welche durch Abonnement die bürgerliche Presse unterstützen, schädigen die Gewerkschafts- und die Arbeitersache gar sehr, denn sie unterstützen unsere Gegner und entziehen unserem so vorzüglichen Kampfmittel, der sozialdemokratischen Presse, ihre so notwendige Hilfe. Alle jene Blätter, welche von diesen Gewerkschaftsmitgliedern gelesen werden, wie die „Leipziger Neueste Nachrichten“, der Berliner „Sokalanzeiger“, die „Morgenpost“, der Kölner „Stadtanzeiger“, „Sokalanzeiger“, das „Lageblatt“, der Elberfelder „Generalanzeiger“, der Hamburger „Generalanzeiger“, das Stuttgarter „Neue Tagblatt“, die Frankfurter „Kleine Presse“ und der „Generalanzeiger“ usw. sind gegnerische Blätter, die uns bei jeder Gelegenheit schädigen, selbst durch ihr zweifelhaftes Wohlwollen, das sie ab und zu den Gewerkschaften gegenüber heucheln. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wendet sich mit Absicht von dieser Presse ab, die uns nur schadet, selbst da, wo sie vorgibt, uns zu nutzen. Wir müssen deshalb mit Entschiedenheit fordern, heraus mit dieser Presse aus unseren Wohnungen.

Obenso entschieden müssen wir aber unseren Kollegen nahelegen, die sozialdemokratische Presse mehr als bisher zu unterstützen. Für uns gibt es keine andere Wahl, wollen wir uns die Möglichkeit größerer Erfolge und größerer Fortschritte sichern, als ein festes und unabweichendes Eintreten auch für die Parteipresse. Dabei wird es zur ersten Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, diese Presse zunächst einmal selbst zu abonnieren. Um diese Pflicht sollte sich keiner unserer Kollegen herumdrücken, auch die nicht, welche nicht sozialdemokratisch wählen, da doch nun einmal keine andere Presse vorhanden ist, welche so zielbewußt und freudig für die Gewerkschaften eintritt als die sozialdemokratische. Auch jene Kollegen sollten sich dieser Pflicht nicht entschlagen, welche erbittert sind über die von einigen Parteiblättern, wie beispielsweise der „Leipziger Volkszeitung“, den Gewerkschaften und einzelnen Gewerkschaftsführern gegenüber betriebenen unschönen Kritik. Diese Kritik ist ja in ihre Schranken zurückgewiesen worden, im übrigen darf man die Tätigkeit dieser Blätter nicht nach einzelnen ihrer Entgegnungen beurteilen: Alle diese Blätter leisten täglich und Tag um Tag unserer Bewegung sowohl durch Diskussion der großen gewerkschaftlichen Probleme, wie auch durch ihre regelmäßige Unterstützung des gewerkschaftlichen Kleinriegs unschätzbare Dienste. Und je größer

unsere Unterstützung der sozialdemokratischen Presse ist, um so leistungsfähiger und einflußreicher wird dieselbe, und das kommt in erster Linie auch wieder den Gewerkschaften zugute. Wir möchten deshalb den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nochmals dringend ans Herz legen: Unterstützt nachdrücklich die sozialdemokratische Presse und werdet selbst Abonnenten derselben.

**Der Bäckerverband** hatte in diesem Jahre Lohnbewegungen und Streiks in 23 Bezirken zu führen, an denen die Gehilfen aus mehr als 40 Orten beteiligt waren. Feste Verträge wurden in zwölf Bezirken erreicht, außerdem noch in zwei Bezirken Verträge mit den Brotfabriken. In drei weiteren Bezirken sind durch Streiks und in zwei Bezirken ohne Streiks wesentliche Vorteile erzielt worden. In zwei Bezirken mußte die Bewegung vertagt werden und in vier Bezirken dauert der Ausstand noch fort.

**Zum Malerverband** beteiligten sich an den Kämpfen des Jahres 1904 5896 Kollegen. Die Kosten der Bewegungen bezifferten sich auf 126857 Mk.

**Der Zimmererverband** sieht sich gleichfalls infolge der zahlreichen Streiks und Aussperrungen genötigt, die Erhebung von Extrabeiträgen im Betrag von 80 Pf. bis 2,40 Mk. pro Quartal je nach den Lohnklassen anzuordnen.

**Nicht christliche Gewerkschaften, sondern antisozialdemokratische Berufsvereine.** Pfarrer Traub in Dortmund fällt in Nr. 24 des Protestantensblattes folgendes Urteil über die christlichen Gewerkschaften: „... Dazu kommt, daß die christlichen Gewerkschaften von der kirchlich-sozialen Bewegung als die einzige Möglichkeit für die Arbeiter hingestellt werden, sich zu organisieren und doch Christ zu bleiben. Wir wollen heute von diesem Trugschluß nicht reden. Wir stellen nur fest, daß die christlichen Gewerkschaften zu 99 Prozent katholisch sind, daß sie dennoch in ihren Reihen, eben um die Evangelischen zu gewinnen, laut ihren eigenen Zeugnissen die Religion nicht weiter betonen, sondern nur die Spitze gegen die Sozialdemokratie hervorkehren. Sobald die christlichen Gewerkschaften „antisozialdemokratische Berufsvereine“ sich nennen, ist die Sache ehrlich ausgesprochen. Das Christentum als solches hat nichts damit zu tun. Christliche Vereine sind die katholischen Fachvereine Savignyscher Richtung in Berlin. Hier wird konsequent und richtig der katholische Standpunkt betont. In den „christlichen Gewerkschaften“ kann weder der katholische noch der evangelische Standpunkt betont werden, da es sonst sofort zu unheilbaren Meinungsverschiedenheiten kommen würde.“

Antisozialdemokratische Berufsvereine, die Bezeichnung ist richtig. Sie bedarf nur des Zusatzes: „Gegründet und in Tätigkeit, um den Befreiungskampf der Arbeiter zu erschweren und aufzuhalten.“ Mit diesen Worten würde Name und Programm der christlichen Gewerkschaften erschöpft sein.

**Gegen die christlichen Gewerksvereine** sprechen sich immer wieder hervorragende katholische Geistliche aus. Sie bestreiten von ihrem Standpunkt aus mit Recht, daß Katholiken und Evangelische auf einem „gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung“ stehen. Auf der fünften Generalversammlung der Präsidial der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands warnte Herr Domvikar Wülpert-Wünster sogar die Katholiken, an den Festen christlicher Gewerksvereine teilzunehmen, weil sie dort mit evangelischen Familien zusammenkämen! Kammentar überflüssig.

**Neue Sonderbestimmungen.** Den Zusammenschluß aller polnischen Gewerkschaftsvereinigungen bezweckte eine Versammlung, die, nach der „Ostpreussischen Presse“, in Zerbst stattfand und in der Breschot aus Dortmund als Hauptredner auftrat. Er bekräftigte den Zusammenschluß sämtlicher polnischen Gewerkschaften, um eine einheitliche polnische Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt; es soll sich mit dieser Frage eine neue größere biserliche Versammlung befassen.

Die Breschot-„Pol-Sache“ bemerkt dazu: „Die Arbeiter begehren damit ein großes Verbrechen. Gibt es doch bekanntlich in Deutschland keine andere als eine deutsche Gewerkschaftsbewegung. Der aber haben alle, auch die polnischen Arbeiter, anzugehören. Hoffentlich beschließt die öffentliche Versammlung in diesem Sinne.“

### Eingefandt.

#### An die Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands.

Zu den Artikeln in Nr. 23 und 26 will ich mir auch ein paar Worte erlauben, aber nicht nur an die Kollegen, sondern auch an den Hauptvorstand und die Gauvorstände.

Den Ausführungen des Kollegen P. R. in Nr. 23 kann ich mich größtenteils anschließen. Auch ich habe die feste Überzeugung, daß die Bürstenmacher nur durch Druckschriften, Flugblätter und dergleichen aus ihrer lethargie ausgerüttelt werden können, und daß es die höchste Zeit ist, daß von Seiten des Verbandes etwas in dieser Sache geschieht. Wenn ein aufmerksamer Leser die „Holzarbeiter-Zeitung“ verfolgt und die idyllische Ruhe und Stille beobachtet, welche die Bürstenmacher bewahren, so kommt der Leser unwillkürlich zu der Auffassung, daß alles erreicht ist, was wir wollen und erstreben. Wie es in Wirklichkeit aber aussieht, das kommt nur gelegentlich zum Ausdruck. Einen guten Rat will ich dem Kollegen P. R. geben, und zwar bezüglich des Erwähnens der Schnapsflasche. Es ist nicht angängig, daß man Einzelfälle verallgemeinert, denn so gut wie es gemeint ist, schadet man der Sache mehr, als wie man ihr nützt, wenn man über das Ziel hinausschießt. Denn die Kollegen, welche von der Schnapsflasche beherrscht werden, sind schon selten geworden. Die Hauptschuld an dem Stumpfsein und der Gleichgültigkeit der Kollegen trägt die monotone und geisttötende, bis ins kleinste ausgetüftelte Teilarbeit. Denn wenn ein Bürstenmacher Tag für Tag, Woche für Woche am Singtischen, Pechen, Mischen, Bohren usw. sitzt oder steht, dann muß doch der Geist und der Körper absterben, wenn der Betreffende nicht von selbst etwas nachdenkt. Hier kann nur eine allgemeine Aufrüttelung helfen. Allerdings ist es notwendig, daß sich die Gauvorstände etwas mehr mit der Sache beschäftigen wie bisher.

Denn wenn wir uns den Jahresbericht von 1904 ansehen, und wir sehen die einzelnen Gauen mit 2, 9, 15, 18 usw.

Mitgliedern glänzen, dann kommt einem wirklich ein Grauen an. Gau Danzig 2, Stettin 9, Breslau 15 Bürstenmachermitglieder, und das alles sind Gauen, wo Hunderte in der Bürsten- und Pinselbranche beschäftigt sind. Zwölf Jahre gehören wir dem Holzarbeiterverband an, und ein solches Resultat steht jetzt in dem Jahresbericht. Wen trifft hier die größte Schuld, die Kollegen oder die Verwaltungen?

Die Ausführungen des Kollegen Schmalbach in Nr. 23 bezüglich des Heranziehens von Bürstenmachern zur Agitation unter den Bürstenmachern muß ich ebenfalls unterstützen. Es ist einmal so, daß ein Teil der Kollegen spricht, sie wollen nur mit Berufs Kollegen zu tun haben, so gut wie wir schon Tischler gesagt haben, ich verstehe nichts von der Tischlerei, ich sollte ruhig sein. Auch bezüglich der Beiträge stimme ich mit dem Kollegen P. R. überein, daß bei eventuellen Beitragserhöhungen Staffelleistungen eingerichtet werden müssen (so groß sind die Schwierigkeiten nicht, wie uns weisgemacht wird, daß es nicht ginge, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg), wenn ich auch nicht behaupten will, daß die Beiträge nicht zu bezahlen wären. Denn wenn ein Mensch in Turn-, Gesangsverein, Skat- und Schießklub sein kann, dann kann er auch die „hohen“ Beiträge bezahlen. Aber ein Opfer ist es immerhin, wenn jemand 10 bis 15 Mk. verdient und soll 50 Pf. oder noch mehr pro Woche bezahlen. Mit diesen Leuten müssen wir rechnen und ihnen auch Rechnung tragen.

Es ist in Flugschriften, in statistischen Erhebungen oft auf die Textilindustrie, auf die Konfektions- und Spielwarenbranche hingewiesen, es ist dem Publikum klar gemacht worden, unter welchen miserablen Verhältnissen, auch in bezug auf die hygienischen Vorschriften, und für welche Schandlöhne diese Sachen hergestellt werden. Ein Hinweis auf die Arbeits- und Lohnbedingungen der Bürstenmacher ist so gut wie nicht gegeben worden. Das, was nach Dr. König vor 1 1/2 Jahren in der „Holzarbeiter-Zeitung“ über Bürstenmacher im Erzgebirge geschrieben wurde, ist gar nichts im Verhältnis zur Wirklichkeit. Daß die Arbeiter in der Bürsten- und Pinselindustrie in Wirklichkeit mit den Textil- und Konfektionsarbeitern auf einer Stufe stehen in puncto Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist eine Tatsache, welche statistisch noch nicht festgestellt wurde. Warum? Es wird behauptet, die Arbeiter sind selber schuld an ihrer schlechten Lage. Das stimmt, das sage ich auch; aber waren das die anderen nicht auch? Und doch ist dort geschrieben, was hier nicht getan wurde. Zu dem letzten Verbandstag ist von mir und Kollege Schmalbach im Auftrag der Dresdener Bürstenmacher (auf unser Betreiben natürlich) der Antrag gestellt worden, eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürstenmacher in ganz Deutschland zu veranstalten. Dieser Antrag ist dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen worden, wie unser Vertreter Kollege Gerlitze in seinem Bericht mit Stolz versicherte. Seit dieser Zeit ist ein Jahr vergangen, und ich habe noch nicht das geringste gehört, daß von Seiten des Hauptvorstandes in dieser Sache irgendwelche Schritte getan wären. Warum? Ich habe vor selber Zeit den Antrag auf dem Dresdener Gau-tag gestellt, für das Königweid Sachsen extra Erhebungen zu veranstalten, um hier etwas schneller zum Ziele zu kommen. Das ist von den damaligen Leipziger und Chemnitzer Gauvorständen abgelehnt worden unter Angabe von Gründen, welche für mich überhaupt keine Gründe waren. Der Kern der Sache war meiner Überzeugung nach, daß den Herren Gauvorständen die Arbeit zu viel war, welche diese Erhebungen verursacht hätten. Nun, ich meine, auf diese Art wird nicht agitiert, auf diese Art gibt man den Kollegen keine Agitationsmittel in die Hand.

Einiges findet sich in einem Anhang zum Protokoll des ersten Allgemeinen Heimarbeiterkongresses, sowie in den Fabrikinspektionsberichten. (Alles dieses Material ist des ausführlichen schon durch unsere Zeitung veröffentlicht worden. Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“.) Gerade diese wenigen Verbandsstatistiken kommen, (Redaktion) allein hätten den Hauptvorstand veranlassen müssen, statistische Erhebungen über unsere Lage anzustellen, ohne daß es eines besonderen Antrags hierzu bedürft hätte, welcher, wie es scheint, so wie so im Machen des unerfährlichen Papierforbes verschwunden ist.

Auf dem Heimarbeiterkongress ist eine Resolution angenommen worden, welche den Konsumvereinen und Genossenschaften nahelegt, nur von dort die Waren zu beziehen, wo die Leute anständig behandelt und einigermaßen bezahlt werden. Was diese Resolution in bezug auf die Bürstenlieferung genau hat, weiß ich aus Erfahrung, da ich das Billigste gerade gut genug. Und genau, wie es hier ist, ist es wo anders auch. Es wird nicht danach gefragt, was die verschiedenen Firmen ihren Hausarbeitern zahlen, was in den Strafanstalten, in Zuchthäusern gezahlt wird; es wird nicht gefragt, unter welchen Verhältnissen die Arbeiter in den Fabriken arbeiten, ob die Schutzvorrichtungen und die Mißbrandverordnung vorhanden und innegehalten und wie diese Leute entlohnt werden, wie es mit der Ausübung des Koalitionsrechtes bestellt ist. Auch hierauf möchte von Seiten des Hauptvorstandes etwas Bezug genommen werden, dann würde sich auch manches ändern. Ich muß noch einmal betonen, daß es unbedingt notwendig ist, daß eine Statistik über die Lage der Bürstenmacher veranstaltet wird, und ersuche die Kollegen in Deutschland, darauf Bezug zu nehmen.

Wenn die Gauvorstände und vor allen Dingen der Hauptvorstand sich vorstehende Zeilen nur etwas zu Herzen nehmen und eine regere Agitation unter den Bürstenmachern entfalten, dann werden Zahlen wie 2, 9, 15 Mitglieder der Gauen nicht wieder vorkommen. Aber auch alle organisierten Kollegen muß ich auffordern, die Zahlstellenverwaltung überall und jederzeit zu unterstützen und zum Mitarbeiten bereit zu sein, nur dann können wir vorwärts kommen, nur dann können wir daran denken, die Lage der Bürstenmacher zu verbessern.

Dresden. Artur Rieger.

### Briefkasten.

\* Wir machen die Zahlstellenverwaltungen wiederholt darauf aufmerksam, daß Zeitungbestellungen bis spätestens am Montagabend für die darauf folgende Zeitung in unseren Händen sein müssen. Später eingehende Bestellungen können für die laufende Woche nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Schluß der Inseratenaufnahme ist Montagnachmittag um 4 Uhr.



**Veranstaltungs-Anzeiger.**

Düsseldorf, Steinfach. Jeden ersten Samstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Schumacher, Simmermannstraße 88.

**Anzeigen.**

Winden (Westfalen). Der Arbeitsnachweis befindet sich in der Bentrahalke, Mittelstraße 18. Derselbe ist geöffnet abends von 7-8 Uhr. Umhauen ist streng verboten.

Schönlank. Das Verkehrslokal befindet sich Bahnhofstraße bei Seeger. Bevollmächtigter W. Maack, Wilhelmstraße 15. Kaffeehaus R. Dümmler, Poststraße 1. Letzterer führt die Kaffeekontrollierung. Es wird dringend ersucht, das Umhauen zu unterlassen. Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Wischhof, Seemannstraße 26. P. S. 1. Umhauen ist strengstens verboten. Die Kaffeekontrollierung wird bei Singer, Gemeindegasse 6, ausbezahlt. Im Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstellen Solingen, Ohligs, Wald u. Haan.  
Sonntag den 6. August

**großes gemeinschaftl. Sommerfest**  
im Lokal und Gartenanlagen des Herrn  
Werk zum Jüterbacher Volksgarten bestehend in Konzert und Ball sowie Kinder- und Volksbelustigungen aller Art.  
Eintritt 20 Pf. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Das Fest-Komitee.

Die Kollegen von Elberfeld-Warmen sowie alle umliegenden Zahlstellen sind besonders eingeladen.

Der Tischler Friedr. Aug. Wihl, Pfister, gen. Schröder, geb. 18. 2. 1879 in Hohausen, zuletzt in Gera in Stellung, wird dringend gebeten, seine Adresse an Gedwigt Kählert in Dresden, Nadeberger Landstr. 7, zu senden. Kollegen, die dessen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um Nachricht gebeten.

Der Tischler Albert Wöhler aus Hamburg, ca. 23 Jahre alt, der im Jahre 1908 in Kiel gearbeitet hat, wird dringend gebeten, seine Adresse an die Exp. d. Ztg. zu senden.

Tischler Wilhelm Kunde und Gen., f. B. in Fulda, sendet bald Eure Adressen an Arth. Gewand in Eisenach, Schulplatz 3.

Dringend gesucht zwecks Zeugenvernehmung wird der Drechsler Richard Keller aus Albben, zuletzt in Finsterwalde in Arbeit. Kollegen oder Arbeitgeber, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse an den Bevollmächtigten Otto Vogt in Schmölla (S.-A.), Brandstraße 16 part., einzufenden.

Der Schreiner Friedrich Fott, geb. am 31. 3. 85 zu Kira a. d. N., Buchn. 180 612, wird dringend ersucht, seinen besorgten Eltern sofort den Aufenthalt mitzuteilen. Kollegen, welche über den Gesuchten Auskunft geben können, werden gebeten, dessen Adresse umgehend an die Verwaltung Frankfurt a. M., P. Brückner, Stolzestraße 13, gelangen zu lassen.

**Wertmeister-Gesuch.**

Für eine größere Holzwarenfabrik in Sachsen wird für die Abteilung der Wertmeister eine tüchtige, mehrjährige Erfahrung erwerbende Facharbeiterin gesucht, welche in der Branche vollständig erfahren, selbständig arbeiten kann, sowie auch in der Kalkulation firm ist. Genaue Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe seitheriger Tätigkeit sind zu richten an Rudolf Wasse, Leipzig, unter L. T. 3790.

Modelltischler sofort gesucht.  
W. Heinrich, Osterholz-Scharmbeck.

Tüchtige Möbeltischler erhalten dauernde Stellung, bis 45 Pfennig Stundenlohn.  
L. A. Grössner, Möbelfabrik  
Lüneburg.

Möbeltischler für beste Arbeit nach Zeichnung gesucht. Dauernde Stellung.  
Ernst Marby, Fabrik für Kunstmöbel  
Cottbus.

Tüchtige Möbelschreiner sucht bei dauernder und lohnender Beschäftigung  
Möbelfabrik Gaidorf (Birt.).

Drei tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung.  
H. Wöhler, Ludwigslust, Meckl.

Tüchtige, selbständige Möbelschreiner und Polierer auf dauernde Arbeit gesucht.  
A. Mager Sohn, Möbelfabrik  
Speyer a. Rh.

Tüchtige Küffertischler finden lohnende, event. dauernde Stellung bei  
Rich. Saalfeld, Möbelfabrik  
Selmstedt i. Wr.

Mehrere tüchtige Tischler für bessere eichene Möbel und Geschäftseinrichtungen für dauernd gesucht.  
Möbelfabrik A. Türklitz  
Brandenburg a. S.

Zwei tüchtige Tischlergesellen für dauernde Beschäftigung sucht  
Adolf Lemke, Tischler, Mecklenburg  
Tischlerei mit Motorbetrieb.

Tüchtige, selbständig arbeitende Tischler auf Stuhl- u. Kastenmöbel finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei  
F. A. Braun, vorm. Brann & Richardt  
Möbelfabrik, Sangerhausen.

2-3 Tischler a. Blindholzgarnituren u. furn. Sofageflelle b. hoh. Verdienst sucht f. dauernde Beschäft. H. Koppe, Gestellfab. Parichu, Meckl.

Einen Banntischler stellt sofort ein  
Fr. Bischoff, Wieda i. Harz.

Zwei Tischler und zwei Maschinenarbeiter für dauernde Stellung gesucht.  
Aug. Werdermann, Luxusmöbelfabrik  
Trebbin, Kreis Teltow.

Tüchtige Leberpolierer werden infolge Vergrößerung sofort für dauernd gesucht in der Hofmanufakturfabrik von  
R. Weissbrod, Eisenberg (S.-A.).

Mehrere Stuhlbaner auf echte und bessere imitierte Stühle stellen noch ein  
Robert Oelschlägel & Co.  
Stuhlfabrik, Fr. Holland S.-Pr.

Gesucht tüchtige Stockpolierer, sowie Partridge- und Tonfinghagenbieger für lohnende, dauernde Beschäftigung. Umzugs-kosten werden nach Abrechnung vergütet.  
H. C. Meyer jr., Garburg a. Elbe.

Ein junger Wagner gesucht nach Oos in Baden. Zu erfragen bei der Zahlstellenverwaltung.

Jüngerer Korbmacher auf Gestellarbeit, sowie zur Mithilfe auf Geschlagen und Roharbeit gesucht. Stellung dauernd.  
Rohrmöbel- u. Korbwarenfabrik  
Werg & Schütz, Flensburg.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Bambus- und Rongarbeit verlangt P. Fechner, Berlin-Schöneberg, Neue Bayreutherstr. 8.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Geschlagenes und Reparaturen findet dauernde Beschäftigung bei  
Ludwig Rompp, Korbmachergeschäft  
Pforzheim, Brüderstraße 2.

Suche mehrere Korbmacher auf grüne Packkörbe. Akkordlohn pro Stück 40 Pf.  
Peter Wiesner, Elmberg a. Sahn.

Korbmacher auf runde Halbschneffkörbe und Mattarbeit werden bei hohem Lohn für dauernd gesucht.  
Otto Vetter, Köhlschneiderei b. Dresden.

Suche noch einige fachkundige Gestellarbeiter sofort auch später auf dauernde Beschäftigung.  
Herm. Jahn, Rohrmöbelfabrik  
Magdeburg-Neustadt.

Suche sofort zwei tüchtige Korbmacher auf Rohr und einen auf grün Gematt.  
A. Mühler, Korbmacher, Lübeck, Fischstr. 8.

Sechs Korbmacher auf Dieffkörbe finden sofort dauernde Beschäftigung bei  
Gustav Runke, Mühlberg a. E.

Zwei tüchtige Korbmacher finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung bei  
F. Schmarre, Mienburg a. S., Marktstr.

Tüchtigen Korbmachergehilfen auf Gestellarbeit sucht sofort  
L. A. Grössner, Möbelfabrik  
Lüneburg.

Ein tüchtiger Tischler auf die Herstellung von Tischplatten und Stammarbeiten sofort in dauernde Stellung gesucht.  
A. Chr. Lange, Buchbinderei  
Mühlhausen i. Th. Möbelfabrik.

Einen Bürstenmacher für dauernde angenehme Stellung sucht  
R. Petrick, Bürstenfabr., Guben (M.-B.).

Ein junger Bürstenmachergehilfe, welcher selbständig arbeiten kann, wird zu sofort auf dauernde Arbeit gesucht.  
Witwe Schumann, Schönlanke  
Bahnhofstraße 19.

Ein junger ordentlicher Bürstenmacher erhält sofort dauernde Stellung.  
Gustav Gedamke, Cottbus, Dresdenerstr. 1.

Korbschneider findet dauernde Stellung.  
H. Hemmelskamp, Bielefeld.

Tüchtiger Korbschneider, welcher selbst Zurechtlegen sowie Bohren kann, sofort gesucht.  
F. E. Nielsen Nachf., Frankfurt a. O.

In meiner Holzpantoffelfabrik finden sogleich zwei tüchtige Korbmacher dauernde, solide Stellung.  
Karl Heinrich Richter  
Hanover, Bischofsholerdamm 10 S.

**ff. Fische,**

nur direkt v. d. Office, 15  
fette Rauchsünde. 1 Stk. ff.  
Rauchschinken, 1 extra delikater  
Kalb, 15 fette weiße M-Per.  
20 pik. fr. Delikatess. u. 30  
beste Sardellen. Alles frisch  
u. zusammen nur 3 Mk. p. Nachn.  
B. Degener Tischlerei u.  
Swinemünde 457 Office.

1/2 Toff ca. 350 neueste Salz-  
Gettränge 12 Mk. 1/2 Toff  
6 1/2 Mk. 1/2 Toff ca. 70 Stk. 2 1/2 Mk.

Gebrauchte Stimm-Schneidemaschine zu kaufen gesucht. Off. m. Br. an  
O. Grossmann, Leipzig-Bismarck, Weststr. 11.

Eine gutgehende Holzbohleuerei zu verkaufen in einer größeren Stadt Rheinlands. Offerten unter P. S. 46 an die Expedition dieser Zeitung.

**Vorsicht!**

Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte  
Granat-Politur

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt u. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen. Eine einzige Firma bezog nachweislich seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von  
Lack- und  
Politurwerk  
C. Bratsch  
Reinickendorf-Berlin.

Tischler-Fachschule Detmold  
Vorkurs- und Technikerkurse  
Gesehliche Meister-Prüfung  
Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule  
Neustadt i. Meckl.  
Zeichner \* Werkführer \* Meister

Deutscher Holzarbeiter-Verband \* Zahlstelle Berlin  
Am 14. Juni ist in der Gormannstraße 13, vorn, eine Treppe, der  
Paritätische Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie  
eröffnet worden.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt von 9 bis 1 Uhr für die Branchen der Tischler, Maschinenarbeiter, Möbelpolierer, Glaser, Möbeltischler, Drechsler und Stellmacher. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Die bisher bestehenden Nachweise dieser Branchen sind geschlossen. Die Klavierarbeiter, Bodenleger, Stockarbeiter, Rahmenmacher, Jalousienarbeiter, Korbmacher, Kammacher, Perlmutterarbeiter und Bürstenmacher werden Engländer 15 vermittelt.  
Die Ortsverwaltung.

**Paul Horn, Hamburg**

Pappel-Allee 26-36 \* Eilbeck \* Pappel-Allee 26-36  
Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-  
sicht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.  
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ulanwendung) haben sich in den  
größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.  
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün,  
rauhon das Holz nicht auf, prachttolle Farbentöne, sofort trocken.  
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste welt-  
bekannt, hochsolener, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig,  
dauerhaft, schnell trocknend.  
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der  
Holzporen mit Schellackmasse.  
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige  
Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.  
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-  
harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und ver-  
hindert unter Garantie das Olauschlagen.  
Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerten  
und gepulverten Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall beliebt, da sie so und scharf.  
Paul Horn's diverse Sorten sind privat und öffentlich.  
Paul Horn's Harze in verschiedenen Sorten sind in jeder Kontrolle.  
Paul Horn's ist 25 „Preisgedrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1895“.  
Paul Horn's erhielt das 25 Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.  
Paul Horn's besitzt das 25 Ehrendiplom der Drechslerer-Fachausstellung Leipzig 1890.  
Paul Horn's sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fach-  
schulen u. Gewerbeausstellungen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.  
versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

**„Ueber Land und Meer“**

Großartige Neuheit. \* Taschen-Fernseher für jedermann!  
Zugleich Vergrößerungsglas, Spiegel und Augenspiegel.  
Ganz zusammenlegbar. Ersatz für teure Feldstecher. Bequem in der Tasche zu tragen.  
Preis nur pr. Stück Mk. 1  
gegen Nachnahme. Porto 20 Pf.  
Unseren neuesten großen illustrierten Hauptkatalog mit etwa 4000 Gegenständen, wie: Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge, optische Waren, Lederwaren, Spielwaren, Musikinstrumente, Gold- u. Silberwaren, Uhren und eine große Anzahl Neuheiten aller Art zu den billigsten Preisen in la Qualität zu versenden umsonst u. porto frei.  
Leichter Erwerb von Gratisbeilagen nach Prospekt.

Stahlwaren-Fabrik \* Versandhaus I. Ranges  
E. von den Steinen & Co., Wald bei Solingen 34.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.



Ganz geschaltet